

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3.00 M.  
im voraus zahlbar, Halbjahres 4.32 M.,  
einjährig 8.00 M. Volkseigenes und  
72 Bl. Postbestellgebühren. Zustellungs-  
abonnements 6.— M. pro Monat; für  
Länder mit ermäßigtem Druckschen-  
porto 6.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Samstags und Montags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“. Abstrakte Beiträge „Welt  
und Zeit“, Ferner „Frauenstimme“,  
„Technik“, „Bild in die Zukunft“,  
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpalt. Kopiergebühr 80 Bl.  
Bestellgebühr 5.— M. „Kleine An-  
gebote“ das Zeitgedruckte Wort 25 Bl.  
(zuletzt zwei Zeitgedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 12 Bl. Rabatt 10. Tarif.  
Einsendungen das erste Wort 15 Bl.,  
jedes weitere Wort 10 Bl. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Arbeitsmarkt Seite 60 Bl. Familien-  
anzeigen Seite 40 Bl. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäftsbüro (Lützowstr. 1), wochentäg-  
lich von 8<sup>1/2</sup> bis 11 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Abänderung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Bemerkung: Dönhofs (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 63/64.

# Folgen der Notverordnung.

## 315 000 Gemeindegewerkschaftler im Abwehrkampf.

Soll und darf die Sanierung der Gemeinden auf Kosten der  
Arbeiter vorgenommen werden? — Diese Frage steht unmittel-  
bar vor der Entscheidung. Die Verhandlungen des Gesamt-  
verbandes mit dem Reichsverband kommunaler  
Arbeitgeberverbände, die infolge der Bestimmungen der  
Notverordnung erforderlich geworden waren und am 11. und  
12. August stattfanden, sind gescheitert. Versuche der Gewerkschaften,  
über den Reichsarbeitsminister eine Einigung herbeizuführen, sind  
gleichfalls gescheitert. Der Reichsarbeitsgeberverband fordert eine

### Kürzung der Tariflöhne bis zu 14 Pf.

und, entgegen den bestehenden Tarifen, Anwendung des Reichs-  
arbeiterlohnes bei Neueinstellungen. Weiterhin fordert er  
Herabsetzung der Tarife der Wohlfahrtsfürsorge-  
arbeiter auf den Stand der Reichsarbeiterlöhne. Diese Maß-  
nahmen sollten Geltung haben bis zum 1. Oktober. Im Laufe des  
Monats September sollen neue Verhandlungen geführt  
werden, um einen weiteren Abbau der Löhne vorzunehmen.

Die Reichsarbeitskommissionen für die Gemeindebetriebe und  
-verwaltungen und für die kommunalen Straßenbahnen, die gestern  
gemeinsam tagten, haben die Vorschläge des Reichsarbeitsgeberver-  
bandes und auch das Verhandlungsergebnis der Parteien ein-  
stimmig abgelehnt. Der Reichsarbeitsgeberverband hat erklärt,  
daß er nunmehr den Bezirksarbeitsgeberverbänden und den ange-  
schlossenen Stadtverwaltungen empfehlen wird, entsprechende  
Lohnkürzungen unverzüglich einzutreten zu lassen.

Die Gemeindegewerkschaftler werden und können sich diese Maßnahmen  
nicht gefallen lassen. Die von den Gemeinden geforderte Herab-  
setzung der Löhne bedeutet für die deutschen Gemeindegewerkschaftler eine

### Lohnkürzung von 25 bis 30 Proz. ihres Einkommens.

Schwere Kämpfe um die Lohn- und Tarifverhältnisse der deutschen  
Gemeindegewerkschaftler erscheinen somit als Folge der Notverord-  
nung zwangsläufig. Nahezu 60 Proz. aller deutschen Ge-  
meindegewerkschaftler sind in lebenswichtigen Betrieben beschäftigt,  
in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, der Ernährungs-  
wirtschaft, Schlächtereien und Viehhöfen und Markthallen, der Stadt-  
entwässerung, dem Verkehrswesen, den Hafenanlagen und in vielen  
anderen Zweigen der Gemeindegewirtschaft, vor allem auch im öffent-  
lichen Gesundheitswesen. Der Angriff auf die Lebensmöglichkeit und  
auf die elementarsten Rechte dieser Arbeiterschicht,

### die Außerkräftsetzung verfassungsmäßiger Rechte, bringt die Gefahr großer wirtschaftlicher Kämpfe,

deren Auswirkungen im Augenblick kein Mensch zu übersehen ver-  
mag. Niemand sage, der Konflikt komme überraschend. Der Protest  
des Gesamtverbandes gleich nach Erlass der Notverordnung an die  
Reichsregierung und die Öffentlichkeit sowie der Protest des ADGB  
und des AFD-Bundes sind bis zur Stunde unbeachtet geblieben.  
Den Gemeindegewerkschaftlern hat man bereits die Löhne gesenkt. Erst zu

### Anfang dieses Jahres sind Lohnsenkungen bis zu 8 Proz. vorgenommen worden.

Es ist bekannt, daß damals mit dem Reichsverband öffentlicher  
Arbeitgeber ein Abkommen abgeschlossen wurde, das den Bezirks-  
arbeitsgeberverbänden und den angeschlossenen Gemeinden empfahl,  
Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen zum Zwecke der  
finanziellen Entlastung der deutschen Kommunen. Die Gewerkschaft  
war der Anreger. Außer Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig und  
einigen sächsischen Gemeinden haben die deutschen Gemeinden von  
dieser Vereinbarung nicht Gebrauch gemacht. Wir haben heute noch  
Bezirke, in denen die Arbeitszeit wesentlich über 48 Stunden  
hinausgeht. In den oben bezeichneten Bezirken und Gemeinden  
arbeiten rund 100 000 Gemeindegewerkschaftler seit Anfang d. J. 44, 40 und  
noch weniger Wochenstunden. Gewaltige Opfer haben dadurch die  
Gemeindegewerkschaftler gebracht, aus Klassenolidarität und im Interesse  
der Erhaltung einer geordneten Gemeindegewirtschaft.

Die Lohnkürzungen der Gemeindegewerkschaftler sind im letzten Jahre um Millionen-  
beträge abgebaut worden. Dieser Abbau ist

### auf Kosten der Lebenshaltung der Gemeindegewerkschaftler

gegangen. Denn wo ist der Preisabbau, der das Lohnopfer auch  
nur annähernd aufwiegt? Jetzt mutet man den Gemeindegewerkschaftlern  
einen vorläufigen zweiten Lohnabbau bis über ein  
Drittel ihres Einkommens zu. Hier stehen die Gemeindegewerkschaftler auf!

Die Durchführung derartiger Lohnkürzungen muß bei aller  
Würdigung der Finanzlage der Gemeinden zu Arbeitskämpfen  
führen, über deren Tragweite sich hoffentlich die Regierung keiner  
Täuschung hingibt. Die Gefahr ist akut. Die Gemeindegewerkschaftler haben  
ein Recht auf Verteidigung ihres in den letzten Monaten durch Lohn-  
und Arbeitszeitverkürzungen stark geschwundenen Lebensstandards.

# Briand und Laval kommen.

## Reisebeschluß infolge des Faschistenstasos.

Der französische Ministerpräsident Laval und Außenminister  
Briand werden der Einladung der Reichsregierung zum Gegenbesuch  
in Berlin am 26. und 27. August Folge leisten.

Die etwas überraschende Kampagne, die in den letzten Tagen  
einige französische Blätter gegen diese Reise nach Berlin geführt  
haben, um einen Druck dahin auszuüben, daß erst nach der  
Völkerbundstagung dieser Besuch erfolge, hatte verschiedene Ursachen.  
Während es sich bei der französischen Reaktion vor allem darum  
handelte, diese Aussprache nicht zu beschleunigen, hat bei der Lin-  
ken die Befürchtung eine Rolle gespielt, daß Briand infolge  
seines Gesundheitszustandes nicht werde reisen können.  
Inzwischen hat sich Briands Gesundheitszustand gebessert. Der  
Ausgang des Volksentscheids, die Niederlage des  
Triumvirats Hitler-Hugenberg-Thälmann hat im Lager der fran-  
zösischen Nationalisten eine tiefe Enttäuschung hervorgerufen,  
in der französischen Linken aber eine starke Entspannung  
zur Folge gehabt. Auch in der französischen Regierung hat der  
Ausgang des 9. August das letzte Hindernis für die Reise nach  
Berlin behoben. Laval und Briand haben sich deshalb entschlossen,  
noch im August zu reisen. Die endgültige Entscheidung darüber  
wird am Freitag oder Samstagabend im französischen Kabinettsrat  
fallen.

### Bestätigung.

Paris, 13. August.

Der deutsche Botschafter v. Hoersch hat heute vormittag im  
Namen der deutschen Regierung offiziell Ministerpräsident Laval  
und Außenminister Briand eingeladen, nach Berlin zu kommen. Der  
Ministerpräsident hat Herrn v. Hoersch gedankt und diese Einladung  
für ein Datum, das angesichts der Abwesenheit Briands von Paris  
noch nicht festgesetzt werden kann, angenommen.

Zu diesem offiziellen Communiqué fügt die Agentur Havas  
hinzu: Wir glauben zu wissen, daß der Besuch des Ministerpräsi-

denten und des Außenministers in Berlin am 26. und 27. August  
ausgeführt werden wird. Herr Laval hat dem deutschen Botschafter  
v. Hoersch mitgeteilt, daß er in der Lage sein werde, ihn hierüber  
endgültig morgen am späten Nachmittag zu unterrichten.

# Auf in den Sportpalast!

Heute Freitag 20 Uhr

Otto Braun:

Der Volksentscheid

Otto Wels:

Gebt uns die Macht!

# Vom Reich geopfert.

## Berzweifelte Schritte der Kommunen.

Der Deutsche Städtetag hat ein „Sanie-  
rungsprogramm“ aufgestellt, das in Wirklichkeit ein er-  
schütternder Aufschrei der in Not geratenen deutschen Ge-  
meinden ist. Es geht davon aus, daß trotz aller Ersparnis-  
und Abbaumaßnahmen, die die Städte aus eigenem und ge-  
zwungen durch die Notverordnung vom 5. Juni vorgenom-  
men haben, für das laufende Rechnungsjahr noch immer mit  
einem Defizit von 800 Millionen Mark zu rechnen  
ist. Entstanden ist dieses Defizit einzig und allein aus dem  
Anschwellen der Ausgaben für die Wohlfahrts-  
erwerbslosen, die für das laufende Rechnungsjahr auf  
mehr als eine Milliarde geschätzt werden. Können die Städte  
dieses riesige Loch aus eigener Kraft stopfen? Können sie noch  
durch weitere erbarmungslose Ausgabendrosselung und Er-  
schließung neuer Einnahmequellen diesen für sie gigantischen  
Betrag innerhalb eines halben Jahres aufbringen? Das ist  
einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Und trotzdem hat es der  
Städtetag unternommen, den Kommunen Abbaumaß-  
nahmen zu empfehlen, durch die wenigstens ein Teil des  
Defizits aus der Welt geschafft werden soll.

Aber was verlangen diese Maßnahmen alles von den  
Städten, welche Opfer muten sie ihren Bewohnern zu, die  
ohnehin schon aufs schwerste von der Krisennot bedrängt  
werden! Der Abbau der Wohlfahrtsausgaben  
steht an der Spitze. Die allgemeinen Sätze sollen zwar be-  
stehen bleiben, bis weitere vom Städtetag erhoffte und an-  
gestrebte Preisentfaltungen auch ihren Abbau möglich machen.  
Aber alle Sonderleistungen sollen rücksichtslos  
abgebaut und die gehobene Fürsorge eingeschränkt werden.  
Im Schulwesen sollen schwerwiegende Einschränkungen  
durchgeführt werden, und zwar durch Erhöhung der Klassen-  
frequenz, Kürzung der Unterrichtsstunden, Erhöhung  
der Pflichtstundenzahl der Lehrer und ähnliche Maßnahmen.  
Und dem kulturellen Rückschritt, der dem Volk durch den Schul-  
abbau auferlegt wird, reiht sich würdig an die Seite der volks-  
hygienische Rückschritt durch „entscheidende Ein-  
griffe“ in das Gesundheitswesen und in aller-  
erster Linie durch die fast völlige Preisgabe des  
öffentlichen Wohnungsbaues. „Die Zweckbestim-  
mung beim Wohnungsbauanteil der Hauszinssteuer ist zu be-  
seitigen“, heißt es in dürren Worten im „Sanierungs-  
programm“. Das heißt mit anderen Worten: Aus Haus-  
zinssteuermitteln sollen im allgemeinen  
keine Wohnungen mehr gebaut werden. Aber  
aus welchen Mitteln denn? In diesem Jahr ist schon rund  
die Hälfte der Bauarbeiter arbeitslos, der wichtigste Zweig der  
Volkswirtschaft, die Bautätigkeit, fast unterbunden. Wie soll  
es im nächsten Jahre werden? Und woher sollen die not-  
wendigen Antriebskräfte der Wirtschaft kommen, wenn man  
den Wohnungsbau völlig erdroffelt?

Aber alle diese Abbaumaßnahmen zusammengenommen,  
die materielle, körperliche und geistige Not über Millionen  
Volksgenossen bringen werden, könnten nach den Schätzungen  
des Städtetages nur rund ein Drittel des Defizits  
decken, zwei Drittel des Defizits  
können auch in diesem Falle die Städte aus eigener Kraft  
nicht mehr decken. Und deshalb muß der Städtetag trotz  
seiner Abbauvorschläge an das Reich appellieren. Sein  
wichtigster Vorschlag an die Adresse des Reiches geht dahin,  
die Beitragszahlung für die Arbeitslosen-  
versicherung auf alle Gehalts- und Lohnempfänger  
auszudehnen, das heißt im wesentlichen auf die höheren An-  
gestellten, die bisher beitragsfrei waren oder nur verhältnis-  
mäßig geringfügige Beiträge zu zahlen hatten, und auf die  
Beamten. Hingegen soll ein weiterer Gehaltsabbau den Be-  
amten nicht zugemutet werden.

So also sieht es heute in den Kommunen aus! Kann man  
ihnen aber daraus einen Vorwurf machen, daß sie zu solchen  
Berzweiflungsschritten greifen wollen, nachdem man ihnen alle  
Einnahmequellen abgeperrt, ja ihnen selbst den Zugang zu  
ihren eigenen Kreditinstituten, den Sparkassen, für die sie  
die volle Haftung tragen, verwehrt hat. Die Kommunen sind  
in der Tat in einer fürchterlichen Zwangslage. Sie tragen  
daran keine Schuld. Die Schuld trifft voll und ganz das  
Reich. Das Reich hat die Kommunen geopfert. Dieser schwere  
Vorwurf kann der Regierung Brüning nicht er-  
spart werden. Ja, die Kommunen wurden sogar planmäßig ge-  
opfert. Nach einem ganz bewußten Plan hat das Reich die  
Last der Erwerbslosenfürsorge Schritt für Schritt von seinen  
eigenen Schultern entfernt und den Schultern der finanz-  
schwachen Kommunen aufgebürdet. Die Clappen dieses Weges



# Hugenbergs Antifriegsfilme.

## Pazifismus wider die Absicht oder aus Geschäftssinn?

sind bekannt, das Ziel ist erreicht: die Arbeitslosenversicherung ist völlig vom Reich abgehängt, aber ausschließlich auf Kosten der Kommunen, deren Erwerbslosenlasten von 270 Millionen im Jahre 1929 auf 1040 Millionen im laufenden Jahre angeschwollen sind. Ohne diese Lasten ständen die Kommunen heute völlig gesund da. Und während das Reich auf diese Weise Lasten über Lasten auf die Kommunen gehäuft hat, hat es ihnen nur ganz unzulängliche Einnahmequellen erschlossen, hat also die Kommunen planmäßig in das Defizit hineingetrieben. Und nachdem es die Kommunen so weit gebracht hat, hat es ihnen zum Schluß auch noch ihre Kreditquellen verstopft, so daß die Gemeinden heute buchstäblich wie Bettler dastehen.

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir mit diesen Ausführungen sehr schwere Anklagen gegen die Reichsregierung erheben. Aber sie sind leider unwiderlegbar. Und es ist erschütternd zu beobachten, wie selbst in diesem tragischen Augenblick der kommunalen Verzweiflungsaktion noch Bestrebungen im Gange sind, die letzte große Einnahmequelle der Kommunen zu verstopfen: die Hauszinssteuer. Es braucht nach allem Gesagten wohl kein Wort weiter darüber verloren werden, daß der Abbau der Hauszinssteuer, den man den Massen gegen das Versprechen einer Mietensenkung schmachtend zu machen sucht, einfach unerträglich wäre. Eine Mietensenkung, die mit dem Zusammenbruch der kommunalen Finanzen und ihrer sozialen Aufgaben erkaufte wäre, wäre ein Danaergeschenk, für das sich die arbeitende Bevölkerung bedanken würde.

Es muß aber auch ausgesprochen werden, von welchen Beweggründen sich die Regierung bei ihrer Auszehrpolitik gegenüber den Kommunen leiten läßt. Es ist nichts anderes als eine Politik des kalten Sozialchauves, die man hier treibt. Die Gemeinden sind die wichtigsten Träger des sozialen Gedankens. Ihre Aufgaben liegen fast ausschließlich auf sozialem Gebiet, besonders wenn man auch ihre Aufgaben auf dem Gebiet des Straßenbaues, des Verkehrswezens, der Kanalisation usw. als soziale Aufgaben im weiteren Sinne ansieht. Jeder Schlag gegen die Gemeinden ist daher in Wirklichkeit ein Schlag gegen den sozialen Charakter des heutigen Staates. Es muß ganz offen ausgesprochen werden: Die kommunale Sozialpolitik, die heute vom Reich getrieben wird, ist ein Stück sozialer Reaktion.

Aber, wird man einwenden, auch das Reich ist in einer Zwangslage, auch das Reich befindet sich in finanzieller Not, die es teilweise auf die Gemeinden weiterwälzen muß. Ganz so liegen die Dinge aber nicht. Gewiß, es muß zugegeben werden, daß auch die Finanznot des Reiches sehr drückend ist. Aber es müssen folgende Momente berücksichtigt werden:

Erstens hat das Reich die Opfer, die seine Finanzlage notwendig gemacht hat, den Gemeinden bereits in voller Höhe aufgebürdet, insbesondere in der Rotterordnung vom 5. Juni. Zweitens hat das Reich durch den Hoover-Plan eine wesentliche Entlastung erfahren, und es wäre nur recht und billig, daß es auch die Gemeinden daran teilnehmen läßt. Denn die Entlastung aus dem Hoover-Plan muß dem Gesamtstaat zugute kommen und nicht nur einem Glied des Staates, dem Reich. Und schließlich steht dem Reich eine letzte Möglichkeit offen, die den Kommunen vollständig verbaut ist: nämlich die Erschließung neuer Einnahmequellen. Aber das eine muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden: das Reich darf die Kommunen nicht preiszugeben, es darf den Weg der sozialen Reaktion nicht beschreiten, es ist seine Pflicht und Schuldigkeit, für die Kommunen genau so zu sorgen, wie es sich in den letzten Monaten um die Gesundung seiner eigenen Finanzen bemüht hat. Die Not der Kommunen ist die Not des Volkes. Hilfe des Reiches für die Kommunen — das ist wahrhaft nationale Selbsthilfe!

## Sie suchen ein Alibi.

### Die Hugenberg-Presse und ihre Bundesgenossen von gestern.

Die Presse des Herrn Hugenberg — voran sein Boulevardblatt, die „Nachtausgabe“ — beieifert sich, Sensation mit dem Mord am Bülowplatz zu machen. Sie erfand eine falsche Nachricht nach der anderen, nur um Gelegenheit zu haben, ihre Entrüstung über die kommunistische Partei zu zeigen.

Dieser Eifer hat seinen Grund. Die Herrschaften brauchen ein Alibi. Sie schreien, um mit ihrem Geschrei vergessen zu machen, daß sie eben noch die Bundesgenossen der Kommunisten gewesen sind, und daß Herr Hugenberg mit seinem Jubelgeschrei „Das ist jetzt anders“ die Bundeshilfe der kommunistischen Partei stürmisch begrüßt hat.

Die Entrüstung über die kommunistische Partei steht deshalb der rechtsradikalen Presse besonders gut an!

## Der Dank vom Hause Hitler.

Nach der Niederlage vom 9. August sprach der „Angriff“-Redakteur Dr. von Leers in Jelenhof:

„Unsere Bundesgenossen vom 9. August haben schaurig versagt. Die Kommunisten sind nie ehrlich gewesen, so auch gestern nicht. Das ist auch kein Wunder, denn sie haben die fittich verkommenen Judenschweine in ihren Reihen. Bei den Deutschenationalen hat es zwar noch einigermaßen geklappt, aber die anderen Parteien haben kläglich versagt. Die nationalen Bürger haben sich geschlagen wie die Säue und sind ausgerissen wie Schafleder. Wer nicht mit abgestimmt hat, ist ein ganz gemeiner Lump, den wir persönlich verantwortlich machen werden, wenn wir erst an der Macht sind. Dieses Gefindel muß weg.“

Das ist der Dank vom Hause Hitler für Dinkelberg und Schiele!

Das deutschösterreichische Außenamt beauftragte die österreichische Gesandtschaft in Belgrad, wegen des Zwischenfalls vom 31. Juli an der sterenz-jugoslawischen Grenze, bei dem ein Ostwärt aus St. Lorenzen und dessen beide Söhne von jugoslawischen Grenzschutztruppen mißhandelt worden waren, sowie wegen anderer die österreichische Grenzbevölkerung heunruhigende Zwischenfälle, bei der jugoslawischen Regierung Vorstellungen zu erheben.

Landvolk-Parteitag. Das „Deutsche Landvolk“ hat in Berlin seinen Parteitag abgehalten. An Stelle des verstorbenen Parteivorsitzenden Ernst Höfer wurde der Rittergutsbesitzer Wolfgang von Hauenfeld aus Obersachsen zum Parteivorsitzenden gewählt.

Bei den ersten Szenen des Films „Douaumont“, der am Donnerstag in der Ufa am Kurfürstendamm seine Uraufführung erlebte, hat man den Eindruck, daß hier ein militaristisch-patriotisches Gegengift gegen die Filme „Im Westen nichts Neues“ und „Vier von der Infanterie“ verabfolgt werden soll. Unter schmetternden Militärmärschen ziehen die Deutschen auf das Schlachtfeld von Verdun, während zwischendurch auf Landkarten eifrig Fühnenstrategie getrieben wird. Das vertikalste „schöne Soldatenleben“ mit Gulaschkonone, enormem Zigarettenverbrauch, leuchtigen Vorgesetzten und Kasernenhofhumor hebt an. Aber dann kommt die Wirklichkeit des Krieges und — alles ist fortgeblasen!

Die ersten Sturmangriffe wirken freilich noch recht zahl. Granateneinschläge werden homöopathisch auf die Füße verteilt und Verwundete sind selten. Doch je näher es an die Hölle des Douaumont geht, desto unvermeidlicher wird die Realität. Zwischen Explosionen und von Granaten zersplittertem Gestein geht es mit Gewehren und Maschinengewehren, mit Handgranaten und Spaten Mann gegen Mann. Da versagen die kleinen Mittel der patriotischen Reportage nicht mehr. Was nützt es, daß die deutschen Sturmangriffe glücken, die französischen zerfallen, daß die Deutschen einzeln, die Franzosen reihenweise fallen, daß alle Deutschen brav und heldenmütig bis zum äußersten sind, daß Furcht und Flucht, Entsetzen und Grauen nicht gezeigt werden. Was übrig bleibt, genügt. Wer fragt hier noch nach Deutschen und Franzosen? Uniformen übersieht man, es bleibt die geheute und gejagte Kreatur. Und wenn gegen Schluß die Granate in den Sanitätsunterstand schlägt, die wimmernden Verwundeten in die Tiefe reichend, wenn der Kompaniefeldwebel den Appell der zertrümmerten Kompanie abhält und jeder Namensaufruf mit dem Bilde eines Gefallenen beantwortet wird, wenn am Ende der Trümmerhaufen vom Fort wieder von den Deutschen geräumt werden muß und ein Häuflein

zermürbter Menschen von dem sinnlosen Grab der Hunderttausend abzieht — dann möchte man den sehen, der durch diesen Film noch für den Krieg begeistert wird!

Obwohl also in der Wirkung durchaus gegen den Krieg, ist der Film dennoch keine Leistung. Ihm fehlt die Seele. Was man an Worten zu all dem Grauen hört, ist so banal, so platt und buhnenmäßig, daß man nach irgendeinem aus der Tiefe kommenden Ausbruch förmlich schreit. Aber das bleibt aus. Die Offiziere reden kurz und sachlich, die Soldaten meist im Ton der schlichten Militärhumoresken. Ein Sterbender, der einen Brief an seine Mutter diktiert, bildet eine rühmliche Ausnahme.

Zu dem Film sind teilweise alte deutsche und französische Originalaufnahmen aus dem Kriege verwendet, die trotz technischer Mängel und ihres Verfallsens durch die Zeit das Beste sind. Unvergessenlich die Räumung von Verdun durch die Zillbecker, unergötzlich die feuernden Riesengeschütze. Unter den gestellten Szenen manches Wirkungsvolle, manches aber auch unecht, da man sich geheut hat, Dreck und Blüße der Unterstände zu zeigen. Der Feldsoldat lacht über die properen und sauberen Konituren der Grabenkämpfer. In der Schlacht schaut der Soldat etwas anders aus als auf dem Exerzierplatz. Ueber die zur Mitwirkung gemonnenen „Original“-Ersatzer des Douaumont läßt mich schweigen. Sie waren sicher seinerzeit viel zu tüchtige Offiziere, um jetzt gute Filmdarsteller zu sein.

Der Beifall war sehr dünn. Das Publikum vom Kurfürstendamm, das offenbar einen parademäßigen Spektakel erwartet hatte, schied deprimiert und schweigend von dannen. Es hatte einen Hauch der Kriegshölle verspürt. Bleibt die Frage: Hat sich Hugenbergs Ufa in der Wirkung dieses Films so verfallener oder hat der Hugenbergsche Geschäftssinn die Verdienstmöglichkeiten gewittert, die in einem zensurreinen Kriegsfilme liegen? E. K.—.

## Die Tagung des Zentrums.

### Der Zweck: Beruhigung der Splittlerparteien.

Dem Sozialdemokratischen Presseamt wird geschrieben:

Der geschäftsführende Vorstand der Zentrumsparität hat seine Beratungen mit einer Veröffentlichung abgeschlossen, von der man gerade nicht sagen kann, daß sie besonders aufschlußreich ist. Man erfährt aus ihr, daß alle innen- und außenpolitischen Probleme besprochen und als einmütige Uebersetzung aller festgestellt wurde, „daß für die wirksame Durchführung der äußerst schwierigen staatspolitischen Aufgaben im Reich und in Preußen die notwendige sachliche und methodische Handlungseinheit sowohl bei den verantwortlichen Instanzen der Partei wie bei ihren Vertretern in den beiden Kabinetten nach jeder Richtung hin gewährleistet sein muß.“ Von einer Ergänzung bzw. Umbildung des Reichskabinetts wird in der Veröffentlichung ebensowenig gesprochen, wie von einer Aenderung des Kurzes der Regierungspolitik im Reich.

Alles das ändert nichts daran, daß entsprechende Gerüchte in Umlauf gesetzt worden sind und nicht zuletzt die von Herrn Kaas ausgehende „Burgfriedensparole“ zurückzuführen sind. Tatsächlich hat man sich in der Sitzung des Vorstandes der Zentrumsparität in Anbetracht des bevorstehenden Winters mit der Frage beschäftigt, inwieweit die Möglichkeit eines Burgfriedens der Parteien unter sich gegeben ist.

### Ein positives Ergebnis hat diese Erörterung nicht gehabt.

Es sei denn, daß man die neuerdings in der Zentrumspresse immer wiederkehrende Aufforderung zur Zusammenarbeit aller aufzubereiteten Kräfte als ein positives Ergebnis betrachtet. Im Zentrum selbst scheint man das nicht zu tun. Vielmehr soll man sich auch dort von vornherein darüber klar gewesen sein, daß die „Burgfriedensparole“ vor allem bei den Deutschnationalen auf Widerstand stoßen würde. Wie berechtigt diese Auffassung ist, zeigt ein Blick in die deutschnationale Presse, die höhnisch erklärt, daß es für sie einen „Burgfrieden“ mit der Sozialdemokratie nicht gibt.

Warum aber überhaupt Burgfrieden? In weiten Kreisen des Zentrums besteht zweifellos der Wunsch, das Verhältnis zu den Deutschnationalen künftig auf eine mehr sachliche Basis zu stellen. Dieser Wunsch ist zum Teil auf die Erwartung zurückzuführen, daß sich die Deutschnationalen nach dem Rasen trennen werden, zum anderen auf den in Aussicht genommenen Bittgang Hugenbergs bei Brüning. Auf dem Wege über einen „Burgfrieden“ hoffte man deshalb, die Deutschnationalen unter Verzicht auf ihre bisherige Hege gegen die Regierung Brüning zu einer loyaleren Opposition veranlassen zu können. Mehr will das Zentrum nie beabsichtigt haben und über mehr soll auch in der Sitzung des fraktionsvorstandes des Zentrums nicht gesprochen worden sein. Man denkt im Zentrum, wie es heißt, weder an eine Kursänderung der Reichspolitik noch an eine Umbildung des Kabinetts.

Aber auch der Traum, daß Hugenberg sich angesichts der Not des Volkes in abschbarer Zeit zu einer loyaleren Opposition gegen das Kabinett entschließen könnte, ist im Zentrum inzwischen ebenfalls verfliegen.

Hugenberg selbst hat am Mittwoch einen längeren Erholungsurlaub angetreten. Aus seinem Bittgang zu Brüning ist nichts geworden. Wie wir annehmen, weil er es abgelehnt hatte, vorher von der hegerischen Schreibweise seiner Blätter, wie der „Schlesischen Zeitung“, abzurücken. Zwar hat er neuerdings durch eine Note seiner Pressestelle den Eindruck erwecken lassen, als ob er nie zu einem Bittgang zu Brüning entschlossen gewesen wäre. Daß dieser Bittgang in Aussicht genommen war, hat er nicht bestritten. Wir stellen demgegenüber nochmals fest, daß Hugenberg den Reichspräsidenten persönlich gebeten hat, einen Besuch bei Brüning zu vermitteln und der Reichspräsident diesem Ersuchen, nach einigem Zögern, durch seinen Staatssekretär beim Reichkanzler hat entsprechen lassen.

So bleibt nur noch festzustellen, daß das positive Ergebnis der Vorstandssitzung des Zentrums in der Vereinbarung besteht, künftig zwischen den Zentrumsministern im Reich und in

Preußen eine „Handlungseinheit“ herzustellen und an dem Kurs der Brüning-Politik mit dem Brüning-Kabinett, wie es ist, festzuhalten. Es ist bekannt, daß der Aufruf der preussischen Staatsregierung zum Volkserscheid bei den hinter der Reichsregierung stehenden Splittlern verknüpft hat und auch der Reichskanzler etwas verknüpft war, weil er weder von der Absicht dieses Aufrufs noch von seiner Wiedergabe unter Bezugnahme auf die Pressenotverordnung des Reichspräsidenten gewußt hat. Ähnliche Dinge will man in Zukunft durch die Schaffung einer „Handlungseinheit“ zwischen den Reichs- und preussischen Ministern ausschließen, indem man sich regelmäßig über die Absichten der beiden Kabinetten genau informiert. Einmal, um die Kontinuität der Zentrumsparität zu wahren, zum anderen aber auch, um die Splittler, auf die Brüning nun einmal angewiesen ist, nicht ohne besonderen Grund vor den Kopf zu stoßen. Das ist alles, was bei der Vorstandssitzung des Zentrums herausgefunden sein soll, und das soll Herr Brüning zugleich als Handhabe zur Beruhigung der Gemüter in den Splittlergruppen seiner Regierung dienen. Das war, wie es heißt, überhaupt Sinn und Zweck der ganzen Tagung des Zentrumsvorstandes.

## Die „Lümmels“ von Ortelburg.

### Blüte deutscher Jugend am Hindenburg-Gymnasium.

Die Szene ist wert, als Anekdote in Schullesebücher übernommen zu werden: Bei seiner Ostpreußenreise wird der 84jährige Reichspräsident von Hindenburg in Rosenberg, dessen Ehrenbürger er ist, von nationalsozialistischen Jünglingen im Sprechchor angeleitet. Hindenburg soll darauf die klassischen Worte gesprochen haben: „Heute regieren in Deutschland Männer und keine...“

Ueber den letzten Ausdruck gehen die Meldungen auseinander. Die Bezeichnung „Lümmels“, die zuerst als authentisch galt, wurde später noch als zu milde bezeichnet. In Wirklichkeit habe das Wort noch viel kräftiger, sogar jenseitig militärischer gelaute.

Wie dem aber auch sei: Die Nazilümmel von Rosenberg haben würdige Vorkämpfer in benachbarten Ortelburg gefunden. Dort besteht ein Hindenburg-Gymnasium, an dem verhaltensteuere Milchgeschlechter für ihren zukünftigen Beamtenberuf vorbereitet werden. Die Hakenkreuz-Pennäler haben es nun fertiggebracht, am 11. August, dem Tage der Reichsverfassung, auf dem Gebäude ihres Hindenburg-Gymnasiums die rote Hakenkreuzflagge zu hissen und dazu dem Leiter der Schule als „sehr geehrtem Herrn Studiendirektor“ einen frohen Brief zu schreiben, in dem sie die Hisung der „Sturmohne Adolf Hitlers“ formell begründen.

Die ganze Geschichte könnte als eine Lausbubengeschichte angesehen und so vergessen werden, wie der Reichspräsident die Lümmelchen von Rosenberg vergessen will. Aber das Blatt des politischen Schulbuben Soebels, des Verbündeten von Dingelde, Seide und Hugenberg, seierte diese Lausbubengeschichte als Heldentat in zweispaltigem Fettdruck, zur Nachahmung geradezu anreizend.

So entsteht die Frage: Was tut sich in Ostpreußen? Was geschieht mit der „deutschbewußten Schülerschaft aller Klassen“ (von Segta an), die sich ihrer Ungezogenheit rühmt? Gibt es heute keine Verweisung von preussischen höheren Schulen mehr? Soll der Staat weiter die Kosten für die Fehlerziehung dieser Bürgerjöhnden tragen und sich von den Bürgern und ihren Hintermännern dafür verhöhnen lassen?

## Kommunistischer Lehrgang aufgehoben.

### Eine Polizeiaktion in Thüringen.

Gotha, den 13. August.

Von der kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirksleitung Groß-Thüringen, ist in der Zeit vom 9. bis 15. August in der Jugendberberge in Finsterbergen ein Kursus zur Ausbildung von Funktionären abgehalten worden. Da der Verbot nahelag, daß die entfaltete Tätigkeit wie bei den Kurzen, die in der letzten Zeit im Kinderheim in Eggersburg abgehalten worden sind, den Strafgesetzen zuwiderliefe, wurde von einem größeren Kommando der Thüringer Volkseidirektion Gotha, bestehend aus Kriminal- und Schutzpolizeibeamten, eine Durchsuchung des Gebäudes und der darin befindlichen Personen vorgenommen. Die Fortsetzung der Schulung wurde unterjagt.

In München und Kiedlinghausen wurden kommunistische Versammlungen aufgelöst. Die Durchsuchung der Teilnehmer erbrachte Totschläger, Gummiknüppel, Dolchmesser und Revolverpatronen.



# Neuer Verkehrstarif.

## Verbiligung der Einzelfahrt durch Sammelkarten. - Umsteiger 30 Pfennige.

Soll längerer Zeit beschäftigen sich Vorstand und Aufsichtsrat der Berliner Verkehrs-Gesellschaft mit der Umgestaltung des bestehenden Verkehrstarifs, dessen Rückgrat der Einzelfahrschein von 25 Pf. ist. Die steigenden finanziellen Schwierigkeiten, der feste Wille, den durch die katastrophale Wirtschaftslage bedingten starken Verkehrsrückgang anzuhalten, und nicht zuletzt der starke Mißbrauch des Umsteigerfahrscheins führten zu Überlegungen, eine Tarifbereinigung herbeizuführen. Wie der „Vorwärts“ erzählt, wird der folgende Tarifplan, über dessen endgültige Verwirklichung heute der Aufsichtsrat der BVG. zu entscheiden hat, voraussichtlich schon ab 1. September in Kraft treten.

Durch die Einführung von neuen Sammelkarten hofft man eine neue Verkehrsbelebung bei der Straßenbahn und bei der U-Bahn zu erzielen. Es werden Sammelkarten für fünf Jahren ohne Umsteigerberechtigung ausgeben werden, die 1 M. kosten sollen. Es läßt sich nicht verkennen, daß für viele Fahrgäste diese Sammelkarte eine erfreuliche Verbiligung bedeuten. Für den Autobus werden diese Sammelkarten nicht geschaffen. Der Einzelfahrschein ohne Umsteigerberechtigung soll bei Straßenbahn, U-Bahn und Omnibus 25 Pf. kosten,

dagegen wird der Preis für den Umsteiger allgemein auf 30 Pf. erhöht werden.

Uns ist bekannt, daß starke Bestrebungen vorhanden waren, den Preis für den Umsteiger auf den Omnibus auf 35 Pf. festzusetzen. Diese Maßnahme hätte nach dem Urteil führender Sachkenner den Ruin des Omnibusses bedeutet. Es ist erfreulich, daß man von diesem Plan wieder abgekommen ist. Die Verkehrs-Gesellschaft ist nach wie vor bemüht, das Publikum, das seit jeher den Autobus als Verkehrsmittel bevorzugt, zu einer stärkeren Benutzung der Untergrundbahn und der Straßenbahn, des immer noch am billigsten

arbeitenden Massentransportmittels, zu veranlassen. Die hierfür notwendige Differenzierung des Omnibusses von den anderen Verkehrsmitteln ist aber schon durch das Fehlen der billigen Sammelkarten und das Fehlen der Monatskarten gegeben. Die Erhöhung des Preises für den Umsteigerfahrschein auf 30 Pf. wird von vielen Arbeitern und Angestellten als eine neue Belastung empfunden werden. Die Verkehrs-Gesellschaft glaubte jedoch, den Preis für den Umsteigerfahrschein erhöhen zu müssen, weil der 25-Pfennig-Einzelerschein in weit stärkerem Maße als Umsteiger ausgenutzt wurde, als man es bei seiner Einführung voraussehen konnte. Man wollte aber auch den starken Mißbrauch, der mit dem Umsteiger durch Weitergeben, Aufsteigen und Handeln getrieben worden ist, zukünftig unmöglich machen. Zukünftig wird ein Fahrgast einen Umsteiger nur lösen, wenn er die Anschlussfahrt selbst machen muß. Der Umsteigerfahrschein zur Reichsbahn wird 40 Pf. kosten. Die Umsteigerzeit beträgt wie bisher eine Stunde; die zweite Fahrt muß eine unmittelbare Anschlussfahrt sein. Die neuen Sammelkarten sind übertragbar, sie haben eine Geltungsdauer von zwei Monaten. Von einer Erhöhung der Monatskartenpreise hat man im Interesse der Arbeiter und Angestellten in der Zeit des Lohn- und Gehaltsabbaus Abstand genommen. Bedingt durch die Schülerkarten für die Straßenbahn, die zur Benutzung bis zu drei Linien berechnigt und bisher 5 Mark kosteten, sind auf 6,50 Mark unter Angleichung an den Preis der Schülerkarten für die U-Bahn erhöht worden.

Wie sich dieser neue Tarif, der auf der einen Seite durch die Einführung der Sammelkarten für die Einzelfahrt eine Verbiligung bringt, der aber andererseits den im Berliner Verkehr besonders gefragten Umsteigerfahrschein verteuert, auswirken wird, müssen die nächsten Monate zeigen.

# Beisekung der Schupooffiziere.

## Obduktionsergebnis: Beide von hinten erschossen. Nachruf Seberings.

Am kommenden Montag findet die Trauerfeier für die am Bülowplatz erschossenen Polizeioffiziere statt. Um 14.30 Uhr wird in der Turnhalle in der Karlstraße eine öffentliche Feler stattfinden, bei der nach den Ansprachen der Geistlichen der preussische Minister des Innern, Severing, den Nachruf für die Ermordeten halten wird. Der Leichenzug bewegt sich darauf durch die Straßen nach dem Friedhof in Weihensee und macht unterwegs vor dem Wohnanwesen der beiden Erschossenen, am Revier 7 und vor dem Hause Tasdorfer Straße 12, halt, wo eine Minute in erstem Schweigen der Erschossenen gedacht wird. Die Leiche des Hauptmanns Lent, die auch im Zuge nach Weihensee mitgeführt wird, wird dann im Anschlag an die Beerdigung seines toten Kameraden nach dem Bahnhof gebracht und von dort nach Stargard i. Pom. übergeführt, wo sie am Dienstag um 14.30 Uhr der Erde übergeben wird.

Die gerichtliche Obduktion der beiden bei den Unruhen am 9. August auf dem Bülowplatz erschossenen Polizeioffiziere hat ergeben, daß beide von hinten erschossen worden sind. Hauptmann Anlauf hat zwei Schüsse erhalten, den einen in den Kopf links oberhalb des linken Ohrs, den zweiten in die rechte Gehirnhälfte. Hauptmann Lent hat einen Schuß in das rechte Schulterblatt erhalten. Die Kugel hat die Lunge zerrissen, die Luftröhre durchbohrt und ist links dicht neben der Kehle ausgestreut.

# Mietkaserne eingestürzt.

## Drei Arbeiter unter den Trümmern begraben.

Paris, 13. August.

Im Osten von Paris stürzte am Donnerstagsvormittag bei Abbaubarbeiten ein dreistöckiges Haus ein, das schon vor mehreren Monaten polizeilich geräumt worden war. Die drei Arbeiter, die sich im ersten Stock befanden, wurden unter den Trümmern begraben. Sie konnten jedoch nach mehrstündigen Bemühungen der Feuerwehr lebend gerettet werden. Zwei von ihnen mußten schwer verletzt in ein Krankenhaus übergeführt werden.

Ein anderes, wesentlich schwereres Unglück ereignete sich bei einem Neubau. Zur Beförderung der Mauersteine und des Zementes in die oberen Stockwerke hatte man einen Kran aufgebaut, der aus bisher unbekannter Ursache plötzlich zusammenstürzte. Die schweren Eisenmassen erschlugen zwei Arbeiter, die sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten.

# Zug zermalmt Auto.

## Eine Berliner in getötet. - Schranken nicht geschlossen.

Hersfeld (Rhön), 13. August.

Kurz vor dem Bahnhof Hersfeld wurde heute um Mitternacht ein Personenzug von einem Güterzug überfahren. Das Unglück ereignete sich auf einem mit Schranken versehenen Bahnübergang. Das Auto wurde vollständig zermalmt. Von den beiden Insassen ist Frau Marion Schmidt, Berlin-Bilmersdorf, auf der Stelle getötet worden. Ihr Begleiter, dessen Personalien bisher noch nicht festgestellt werden konnten, erlitt schwere, aber nicht lebensgefährliche Verletzungen und mußte nach dem Landeskrankenhaus in Hersfeld übergeführt werden.

Die Ursache des schweren Unglücks ist allein Ansehen nach darin zu suchen, daß der Schrankenwärter zu spät geschlossen hatte. Als sich die Katastrophe ereignete, bekam er einen Tobjuchtsanfall und wurde in Schußhaft genommen.

# Raubmord in Hamburg.

## Ein Greis umgebracht. - Um ein paar lumpige Mark.

Hamburg, 13. August.

Der 73 Jahre alte Kaufmann Ernst Nihe, der aus Tellow (Mark) stammt, wurde gestern abend in seinem Kontor ermordet aufgefunden. Die Kontoristin fand die Räume unverschlossen und benachrichtigte die Polizei, die den Ermordeten auf dem Fußboden zwischen Eingangstür und Bürotür in Rückenlage in einer Blutschleife liegend vorfand. Die Schädeldecke des Ermordeten war an mehreren Stellen zertrümmert. Nihe ist alleinalger Inhaber der Firma Konrad Scherer u. Co. und handelt mit pharmazeutischen Spezialartikeln. Soweit bisher festgestellt ist, wurden eine goldene Herrenuhr, ein Mantel, Feuer 12 bis 15 M., sowie Kontor-, Geldschrank- und Lagerschlüssel gestohlen.

# Deutsches Flugzeug in Mex gelandet.

Paris, 13. August. (Eigenbericht.)

Ein deutsches Touristenflugzeug, das von einem Kapitän Piloten gesteuert wurde und in dem sich noch der Besizer des Apparates, ein Holländer, befand, ist am Mittwoch auf dem Militärflugplatz von Mex gelandet. Die Flieger erklärten, sie hätten sich im Nebel verirrt und nicht gewußt, daß sie sich schon über französischem Gebiet befinden. Da das Überfliegen der Militärzone von Mex verboten ist, wurden die Flieger vorläufig in Haft genommen, ihr Apparat wurde beschlagnahmt.

# Todesopfer in Jüterbog?

## Eine Leiche unter dem Eisenbahnwagen?

Im Verlaufe der Untersuchung des Jüterboger Eisenbahnunfalls meldete sich bei der Untersuchungskommission ein Kriminalassistent Karl Kraft aus Berlin. Karl Kraft erwartete den Besuch seines Onkels Ulian Platz aus Winterthur in der Schweiz, der am Sonnabendabend mit dem verunglückten Baseler Schnellzug eintreffen sollte. Wie von dem Leiter der Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle mitgeteilt wird, ist es nicht ausgeschlossen, daß sich unter einem der noch nicht gehobenen Eisenbahnwagen eine Leiche befindet. Bisher wurden fünf Wagen wieder aufgestellt. Nach Eintreffen des zweiten 60-Tonnen-Krans werden die übrigen drei Wagen wahrscheinlich im Laufe des morgigen Tages aufgerichtet werden. Es verläutet, daß sich sämtliche Opfer des Unfalls auf dem Wege der Besserung befinden.

# Sieben Kommunisten verhaftet.

In Weihensee wurden sieben Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, an den Bedrohungen des Polizeioberleutnants Becker durch Zettel und Aufschriften beteiligt zu sein. Die Festgenommenen sind Angehörige des Kampfbundes gegen den Faschismus.

Ein weiteres Todesopfer der Unruhen am Bülowplatz. Gestern Nacht verstarb der 55jährige Kaufmann Max Stern aus der Prenzlauer Straße 18, der bei den Unruhen am Bülowplatz einen Bauschuh erhalten hatte und schwerverletzt im Hedwigkrankenhaus Aufnahme fand.

Direktor Marx ist durch dieses Verhalten keineswegs gekränkt. Er kennt die Wertwürdigkeiten der mehr oder minder vornehmen Kunden, und außerdem hat sein Budel während der fünfzigjährigen Existenz ganz andere Schläge aushalten müssen. Jeder reitet ein anderes Stedenpferd, liebste einen anderen Spleen. Mit diesen elementaren Tatsachen hat sich Direktor Marx im Laufe seiner Praxis abgefunden.

Er atmet erleichtert auf, als James das Restaurant verläßt. Jetzt endlich kann er sich die ersehnte Orangeade bestellen. Oder wäre stark gezuckerte Zitronensimonade empfehlenswerter? Es ist schön, hier in diesem alten Raum zu sitzen und zu denken. Direktor Marx träumt nicht wachen Auges, dazu verfügt er über zu viel Korrektheit, über zu viel geistige Klarheit. Träume am Tage bedeuten ihm unsittliche Entgleisungen. Denken ist etwas anderes. Das straft erlahmende Energien. Er streckt behaglich die Beine unter den Tisch. Röhlich fährt er auf. Er muß zurück, zurück ins Theater. Der „Tannhäuser“ und der Herr Manfred Grumacher, der bei seiner Begabung und der gesellschaftlichen Stellung auch einen ernsthaften Beruf hätte ergreifen können, zählen nicht. Aber Nora ist mit Dr. Harry Silvester zusammen, und Harry muß als ein verderblichverbreitendes Individuum bewertet werden, jedenfalls von einem Vater, der über dem sittlichen Wandel seines soeben manbar gewordenen Töchterchens wacht. Niemand kann wissen, ob sich dieser reiche Laufesunge einmal ernstlich erklären wird.

James tritt in die kühle, klare Frühlingsnacht. Einen Augenblick denkt er daran, zum Theater zu fahren. Der dritte Akt muß eben erst begonnen haben. Die Romerzählung würde er also noch hören. Aber er fände doch keine Ruhe, um aufmerksam zu folgen. Zahlen, nichts als Zahlen schwirren ihm im Kopf herum.

Ein Auto schleicht vorbei. James will es anrufen. Er hebt schon die Hand. Dann besinnt er sich. Er ist zu erregt, er kann nicht in dem engen, schlecht ventilierten Wagen sitzen. Ihn stört, ihn quält der Dunst darin, die Erinnerung an Menschen, die vielleicht nicht einmal täglich baden. Er klappt den Mantelkragen hoch.

Der Start hat begonnen. James wird zu den Großen gehören, die den Kurs machen, die wenigstens auf der Börse den Ton angeben. Warum hatte er eigentlich immer einen Abscheu gegen die Spekulation in Aktien? Schon der Devisenhandel in der Inflation ärgerte ihn, er gehörte nicht in ein anständiges Geschäft hinein. Ach, es ist blühender Unsinn, sich

an eine Tradition zu halten, die sich selbst überlebt hat. Immer wieder Manitoba- oder Minnefota-Weizen und russisches Getreide kaufen und verkaufen und auf eine günstige Differenz hoffen. Alles Spekulation! Bei Baisse einkaufen und im Zenith der Hausse abstoßen, das ist schon die Weisheit der Väter gewesen. Leider richtet sich die Wirtschaft nicht nach dieser Weisheit. Sie macht ihre eigenwilligen Sprünge, sie bockt wie ein Füllen, das noch keine Zügel gespürt hat. Wenn man mit mathematischer Sicherheit eine Hausse erwartet, gibt der amerikanische Markt eine andere Parole aus. Die Preise sinken immer tiefer. Alles Unfug! Die Welt ist verrückt geworden. Ein paar Auserwählte diktieren, und die anderen tanzen nach ihrer Pfeife, müssen tanzen, ob sie wollen oder nicht, und winden sich nachts in Angstkrämpfen.

Getreide fällt, fällt beinahe ins Bodenlose auf dem Weltmarkt. Es wird zu viel Getreide angebaut. Die Preise können kein Rückgrat mehr zeigen. Amerika produziert und produziert, und Rußland betreibt eine Preispolitik, die jedes anständigen kaufmännischen Hertommens spottet. Wann soll man kaufen? Welche Vorgänger hatten es leicht, gräbelt James. Die hingen nur vom Wetter ab, und bei einiger Vorsicht konnte man den Laden schmeißen. Wenigstens ist ihm das große Geschäft mit den Randstaaten geglückt. Die Kleinstaaterei in Osteuropa hat doch ihr Gutes. Aber wann wird man wieder einen ähnlichen Schlag führen können? Wann?

James ist immer schneller gegangen. Er schwigt. Zu den Auserwählten gehören! Mitbestimmen! Der Welt den eigenen Willen aufzwingen. Nicht länger Marionette sein, die zuckt, wie sie ein Bankkonsortium dirigiert. Diktieren! Diktator werden! Beide Worte haben denselben Stamm. Der Diktator diktiert! Und wer ist Diktator? Irgendein bürgerlich bescheiden aussehender Herr in einem Büro der Wallstreet oder des Ruhrgebiets. Wenn er es wünscht, kann er die Welt vernichten oder in ein Paradies verwandeln. Zu diesen ungekrönten Kaisern gehören! Ist das so schwer? Woran kommt es an? Den Aktionsradius erweitern. Macht gewinnen. Geld anhäufen. Sehr viel Geld anhäufen. Geld ist die einzig reale Macht über die Menschen.

Mit zerfahrener unsicherer Bewegung streicht sich James über die Stirn. Er hat geträumt, phantasiert wie ein Primaner. Aber mit Träumen kann man keine Wirtschaftspolitik treiben. Er ist noch immer ein verpöbeltes Kind. Es geht aber um Tatsachen, um greifbare Dinge wie Weizen und Weiskohle.

(Fortsetzung folgt.)

# WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON F. Scherret.

„Hand aufs Herz, Herr Silvester, ist nicht das ganze Geschäft heut Spekulation, in Ihrer Branche sogar verzweifelte Spekulation, fast nur noch ein Krampf?“ Direktor Margens Augen blühen so frei und ergeben wie die eines Hundes.

James preßt ärgerlich die Lippen aufeinander und maust in sich hinein. Eine neue Flasche Chablis erscheint. Herrn Direktor Marx wird sauer im Magen. Er sehnt sich jetzt entschieden nach Orangeade. Die Ahnung eines Dreizehners steigt in ihm auf. James denkt nach. Was Marx sagt, stimmt! Die Aktien sind bei der steigenden Tendenz billig, ungeachtet billig. Hier ist die erste Gelegenheit, das Vermögen zu verdoppeln, zu verdreifachen, wenn die Konjunktur weiter anzieht, und Gefahr existiert kaum. Endlich unabhängig sein von den wilden Preisschwankungen auf dem Getreidemarkt. Nicht mehr die Angst vor einem neuen russischen Dumping. Man kann beruhigter in die Zukunft schauen. Warum soll er nicht auf der Effektenbörse spekulieren? Die Freunde lachen bereits über sein Hamletisches Zögern. Weizen ist das größte Hofardspiel. Alles ist Hazard. Er wird sich an den grünen Tisch setzen und gewinnen.

Direktor Marx sieht, wie sich die Starrheit in Silvesters Gesicht löst. Jetzt ist es so weit, jetzt wird sofort das befreiende Wort fallen. Nur nichts übereilen. Ganz ruhig und unbeteiligt dasigen.

„Wo gut, morgen Vormittag bringe ich alles in Ordnung.“

Die Worte tropfen wie milder Sommerregen auf Direktor Marx herab.

James ruft den Kellner und begleicht die Rechnung. Direktor Marx will sich erheben, aber James winkt ihm ab.

„Bitte, lassen Sie sich nicht stören.“

In den Worten liegt Ablehnung. Zwischen Großkaufmann und einem aus dem beamteten Kleinbürgertum aufgestiegenen Billalleiter bestehen gesellschaftliche Unterschiede.



# Bewaffnete Nazi-Stoßtrupps

## Enthüllungen im Prozeß gegen Sturm 33.

Der weitere Verlauf des Prozesses gegen die nationalsozialistische Bandengruppe des Sturms 33 vor dem Schwurgericht III in Berlin-Moabit ergab ungemein interessante Einzelheiten darüber, was es mit der felleisich beschworenen Legalität Hisslers und der Seinen auf sich hat.

Der 18jährige, bereits erheblich vorbestrafte Konditor Reubert mußte vor Gericht zugehen, daß er im Besitz einer mit 10 Schuß Munition geladenen Armeepistole, Modell 08, war, die er von irgendeinem geheimnisvollen „Unbekannten“ erstanden haben will. Dieser Unbekannte entpuppte sich später als ein organisierter Nationalsozialist, der anscheinend in den Verkehrsprotokollen der SA die Straßensampfkrieger der NSDAP mit den „notwendigen Waffen“ versieht. Es ist ungeheuerlich, daß auf diese Weise Nichtsjährige in den Besitz von Waffen gelangen. Ihm genügte anscheinend diese eine Waffe noch nicht, denn er besaß, wie der Staatsanwalt feststellt, noch eine kleine RB-Pistole, die er seinem Kameraden Bint, seinem jetzigen Mitangeklagten, schenkte. Reubert leugnet den Besitz dieser zweiten Waffe allerdings. Wie sich aus den polizeilichen Protokollen ergibt, hatte Reubert von einem weiteren rätselhaften „Unbekannten“ die Aufforderung erhalten, sich „zu seiner eigenen Sicherheit“ eine Waffe zu beschaffen.

Wenn man diese Stichproben zurückhaltend auf die gesamte SA ausdehnt, so muß man zu der Feststellung kommen, daß höchstwahrscheinlich 75 bis 80 Proz. der SA-Bürgerkrieger bewaffnet herumlaufen und so eine ständige Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen.

Dem Angeklagten wurden vom Vorsitzenden und auch dem Beisitzer schließlich die Aussagen vor der Polizei vorgehalten, die trotz von den Befundungen im Gerichtssaal abweichend. Reubert verfuhr sich auf außergewöhnlich plumpe Weise herauszuschwindeln und behauptet u. a., der Vorlesung des von ihm später unterzeichneten Protokolls geistig nicht gewachsen gewesen zu sein. Als die Situation für den Angeklagten immer brenzlicher wird, da sowohl Staatsanwalt wie Vorsitzender ihm innerhalb zehn Minuten etwa 15 schwere Widersprüche nachweisen, erhebt sich der Hiltler-Anwalt Kamecke, eine Prominenz aus dem Umkreis des Braunen Basistes, und erklärt zur allgemeinen Befestigung, daß sich dann eben höchstwahrscheinlich die protokollführenden Beamten geirrt und den Angeklagten falsch verstanden hätten. Wie kann man auch nur auf den Gedanken kommen, daß ein nationalsozialistischer Totschläger es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt! Als Reubert dann angegeben soll, wer ihm die Bekanntheit des geheimnisvollen Parteigenossen mit der Armeepistole vermittelt habe, verläßt den Angeklagten einen Augenblick die Beherrschung, und er spricht laut und deutlich von einem „Kameraden Gebert“. Obwohl Vorsitzender und Berichterstatter, beides Juristen, die knapp drei Meter von dem Angeklagten entfernt sthen, diese Bekundung genau gehört haben, bestritt der Angeklagte plötzlich, von einem „Kameraden Gebert“ gesprochen zu haben. Angeblich hat er nicht „Gebert“, sondern „jemand“ gesagt. Auch die Verteidiger wollen nichts gehört haben. Schließlich gehen Vorsitzender und Berichterstatter über den bezeichnenden Zwischenfall hinweg.

Der Prozeß wird am Freitag fortgesetzt.

# Flugzeugunglück in der Alb.

## Zwei Personen schwer verletzt.

Göppingen, 13. August.

Ein Verkehrsflugzeug München-Böblingen, das heute auf der Schwäbischen Alb bei Auendorf wegen Regens und Nebel eine Landung vornehmen wollte, streifte an einen Baum und stürzte, als es den Boden bereits berührt hatte, einen Steinbruch hinunter.

Verletzt wurden die beiden Piloten, darunter der Flugzeugführer Kraftschwer, von den Fluggästen Direktor Frh Biedmer aus Starnberg bei München schwer und drei weitere Personen leicht. Die beiden Schwerverletzten wurden in das Göppinger Krankenhaus eingeliefert. Der Flugzeugführer erlitt einen Schädelbruch und Querschußen. Direktor Biedmer soll einen Beckenbruch davongetragen haben.

## Hakenkreuze im Schwurgerichtssaal.

Im großen Schwurgerichtssaal in Berlin-Moabit kann man zur Zeit eine merkwürdige Entdeckung machen. In die Tische der Journalisten sind Hakenkreuze und Wolfsangeln (SA-Abzeichen) eingeritzt, die wahrscheinlich für das „Dritte Reich“ Propaganda machen sollen. Da diese Tische nur den Vertretern der Presse zugänglich sind, muß gefolgert werden, daß die tüchtigen Reporter der Hakenkreuzpublizität mit derart kindlichen Streichen ihre staunenswerte Unkultur und Unreife demonstrieren wollen. Ist man darüber im Bilde, so mundert man sich auch über die stilistischen Exerziten nicht mehr, den „Angriff“ und „Höllischen Beobachter“ zieren. Vielleicht machen aber die Moabiter Behörden den Inhabern der gefinnungstüchtigen Norrenhände klar, daß ein Gerichtssaal und eine Hakenkreuztragfähige Wortwand nicht ein und dasselbe sind!

## Das Unwesen des Generalpächtertums.

In eigenartige Zustände der privaten Marktbewirtschaftung leuchtete eine Versammlung der Händler des Marktes Travemünder Straße hinein, die sich im Rosenhäger Hof zusammengefunden hatten, um gegen die Praktiken des Marktinhabers zu protestieren. Da der Pachtervertrag des Marktinhabers demnächst abläuft, will ein Herr H. seine alte Händlererschaft auf einen neuen Markt verpflanzen, der unweit des großen städtischen Marktes Borhögener Weg in der Kopernikusstraße liegt. Eine ganz ausichtslose Geschäftsgegend für die Händler. Er hat aber 60 Kündigungen ausgesprochen und seinen Händlern geschrieben, daß er sich nur auf dem Markt in der Kopernikusstraße sprechen läßt. Betsch soll er sich auch schon „Baukostenzuschüsse“ für den neuen Marktplay haben zahlen lassen. Wer nicht so will, der verliert seinen alten Stand und ist ohne Erwerb und Brot. Dabei weiß H. sehr anständige Preise für die Stände zu nehmen; bis 35 Mk. für einen Dreimeterstand. Wird ein solcher Stand einmal von dem Besitzer nicht benutzt, so vermietet ihn H. am gleichen Tage als Tagesstand zum Preise bis 5 Mk. pro Tag weiter, läßt sich also zweimal bezahlen. Dem Händler, dem es nicht gelingt, die teuren Standkosten hereinzubringen, werden rückständig die Waren einbehalten. Mehrfach hat das Publikum gegen diese Praktiken Stellung genommen und die kleinen Händler geschützt.

## Erste Liebe.

### Die Tragödie eines verführten Jungen.

Essen, 13. August.

Rudolf war erwerbslos, seit er die Schule verlassen hatte. Mit 19 Jahren konnte er noch immer keine Arbeit finden, und seine Eltern, gute solide Leute, sorgten zwar treu für ihren Jungen und machten ihm seine Arbeitslosigkeit niemals zum Vorwurf. Aber Rudolf litt schwer unter seiner erzwungenen Untätigkeit; er war ein ehrgeiziger unternehmungslustiger Bursche.

Eine vierunddreißigjährige lebenslustige Nachbarsfrau hatte schon seit langem heimlich ein Auge auf den frischen netten Jungen geworfen. Eines Tages verwickelte sie Rudolf in ein sehr eindeutiges Gespräch und lud ihn schließlich unter irgendeinem Vorwand in ihre Wohnung ein. So begann das Liebesverhältnis zwischen dem unerfahrenen jungen Mann und der reifen Frau. Rudolf wollte ständig bei seiner Freundin, nahm sie in Wirtschaften und Kinos mit und gab viel mehr Geld aus als sein armseliges monatliches Taschengeld betrug. Er geriet nach und nach in Schulden. Klugte er einmal der Geliebten sein Leid, so lachte sie ihn aus, strich ihm über das Haar, und Rudolf war in seiner Hörigkeit glücklich, daß sie ihn überhaupt neben sich duldete. Rudolf konnte von seiner schönen Nachbarin nicht mehr loskommen. Er ließ sich auch dadurch nicht abschrecken, daß die Frau auch weiterhin strupellos ihre Ansprüche stellte und nach wie vor Wert darauf legte, von ihm ausgeführt zu werden. In seiner Verzweiflung tat Rudolf das Dumme was er machen konnte: er beschloß, sich die Mittel, die er auf ehrlichem Wege unmöglich aufbringen konnte, auf unredliche Weise zu verschaffen. Eines Nachts brach er in eine Villa ein, deren Besitzer verreiselt war. Dort stahl er zwölf Flaschen Sekt, Zigaretten, Delikatessen und eine ganze Handkare voll seiner Sachen, die er Schnurstracks zu seiner Geliebten brachte. Dort wurde nun eifrig konsumiert und gegessen. Nach dieser Feier verlangte die Geliebte, noch ausgeführt zu werden. Rudolf hatte nicht einen Pfennig in der Tasche. Alles hatte er für diese Frau riskiert — noch immer war sie nicht zufrieden! Um sie nicht zu verlieren, glaubte er, ihr jeden Wunsch erfüllen zu müssen. An diesem Abend beging Rudolf seine zweite große Dummheit: er stahl seiner Freundin aus der Handtasche einen Zehnmarschein — um mit ihr ausgehen zu können. Zu seinem Unglück bemerkte die Frau kurz darauf den Diebstahl und erstattete gegen Rudolf rüchrichtlos die Anzeige. So kam Rudolf ins Untersuchungsgefängnis. Er beklagte alles — und als man den Haftbefehl gegen ihn aufhob, weil kein Fluchtverdacht mehr vorlag, blieb er freiwillig im Gefängnis. Aus Angst und Scham vor der Welt und seinen ehrlichen Eltern.

Das Gericht verurteilte Rudolf wegen schweren und einfachen Diebstahl zu einem Jahr Gefängnis, wobei es seine Unreife und seine Hörigkeit der raffineren Frau gegenüber als Strafmildernd annahm.

## Motorradfahrer und Fußgänger.

### Ein Urteil, das Bedenken hervorruft.

In einer Verhandlung vor dem Verkehrsgericht wurde geftern der Bauarbeiter B. wegen fahrlässiger Tötung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

B. hatte am 15. Mai in der Ebinger Straße einen 62jährigen Schlächtermeister, der schräg über den Fahrbahn kam und trotz aller Signale von seinem Wege nicht abwich, mit seinem Motorrad überfahren. Bei dem Zusammenstoß, der für den Fußgänger tödlich verlief, wurde das Motorrad weit fortgeschleudert und der Fahrer selbst so schwer verletzt, daß er 6 Monate im Krankenhaus liegen mußte. Jetzt wurde er wegen fahrlässiger Tötung des Schlächtermeisters angeklagt. Er verteidigte sich in der Verhandlung damit, daß der Schlächtermeister selbst durch sein allen Verkehrsregeln widersprechendes Verhalten den Zusammenstoß hervorgerufen habe. Trotzdem der Sachbefund der Darstellung des Motorradfahrers recht gab, beantragte der Vertreter der Anklagebehörde 3 Monate Gefängnis.

Das Gericht ist über diesen Antrag noch hinausgegangen, es hat auf 4 Monate Gefängnis erkannt und sein Urteil damit begründet, daß jeder Motorradfahrer auf seinem Weg und bei seiner Geschwindigkeit mit verkehrswidrigen Handlungen des Publikums rechnen müsse. Er müsse dies unter allen Umständen tun. Deshalb mußte er als Motorradfahrer vorzeitig vor dem Fußgänger, den allerdings, wie das Gericht zugab, ein großes Verschulden trage, bremsen.

Wir haben im „Vorwärts“ immer wieder mit besonderer Absicht die Fälle der Unfälle registriert, die nach den Statistiken durch leichtfertiges Fahren mit dem Motorrad hervorgerufen werden. Ebenso wie die Verkehrsregeln nach unserer Ansicht aber vom Motorradfahrer unter allen Umständen eingehalten werden müssen — und wir stehen auf dem Standpunkt, daß Spiel

mit Menschenleben durch leichtfertiges Fahren nicht scharf genug geahndet werden kann —, ebenso muß auch der Fußgänger sich nach den Verkehrsregeln richten. Das überaus strenge Urteil des Verkehrsgerichtes muß Bedenken hervorrufen, weil klar erwiesen ist, daß sich in diesem Falle der Fußgänger weder nach den Verkehrsregeln gerichtet, noch auch die Signale des Fahrers beachtet hat.

## Leichenfund im Fährländer See.

Von Fischern wurde auf dem Fährländer See bei Potsdam die Leiche eines etwa 25jährigen Mannes, die nur mit einer Badehose bekleidet war, gefunden. Gleichzeitig fand man an der Mole des Sees ein herrenloses Paddelboot mit zwei Doppelpaddeln, von denen eine zerbrochen war. Papiere oder andere Hinweise über die Person des Toten wurden nicht gefunden.

Wochenendfahrt nach Rügen am kommenden Sonnabend/Sonntag ab Berlin und zurück zu dem außergewöhnlich billigen Fahrpreis von 14 Mark (Bahn und Schiff). Teilnehmerkarten bei den bekannten Stellen oder beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

# Abschied von Großmutter.

## Berlins Ferienkinder kehren heim. — Scheiden tut weh.

Sechs Wochen der Erholung, der Freude und Kräftigung im Wald, an der See, oder im Gebirge, die die Stadt Berlin einem leider allzukleinen Teil ihrer erholungsbedürftigen Großstadtkinder während der Schulferien ermöglichen konnte, sind allzubald vorbei! Und der Spruch „nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reih von schönen Tagen“ fällt einem unwillkürlich ein, wenn man die merkwürdig einseitig gewordene kleine Urlauberschar bei ihren Reisevorbereitungen beobachtet.

In den Ferienheimen, wo vielfach Hunderte kleiner Gäste Aufnahme fanden, ist schon Tage vorher Hochbetrieb. Schwestern, Hortnerinnen und auch die kleinen Urlauber selbst haben alle Hände voll zu tun, um die nötigen Reisevorbereitungen zu treffen. Hunderte von Koffern, Aufsäcken, Pappkartons und Taschen zu packen, dabei nichts zu vergessen und nichts zu verwechseln ist gar nicht so einfach; es können natürlich nicht alle gleichzeitig packen, sonst gäbe es einen ganz unheimlichen Wirrwarr.

## Was alles erobert wurde.

Was den vergrößerten Kofferinhalt anbelangt, so leisten darin jene Ferienkinder, die auf Verwandtenbesuch waren, oft Erstaunliches. Was Großmutter da an guten und nahrhaften Gaben mitgibt, das sind gar „schwerwiegende“ Dinge. Große Einnmachegläser voll süßer Früchte, wo noch Speckseiten gedeihen, wandern diese nach der mageren Großstadtküche und dann gibt es aber für die kleinen Reisenden selbst noch Freuden idyller Art. Einer rückt auf dem Bahnhof mit einem Riesenaktus von Manneshöhe an, der andere schleift schweigend, aber freudestrahelnd ein Paar Stier hinter sich her und der dritte schaukelt ein heftig trillerndes Piepmächchen im funkelneugehenen Bauer; von dem mehr als reichlichen Reiseproviant gar nicht zu sprechen.

Braungebrannt sind sie alle und die Augen leuchten, stolz berichten welche von Gewichtszunahme von 4, 5 und auch noch mehr Pfund. Auf das Zuhause, auf Eltern und Geschwister freuen sie sich wohl alle, aber die schöne Gegend samt guter Luft und reichlichem Essen möchten sie doch gar zu gerne mit in den Koffer packen.

## Eine kurzweilige Reise.

Die kurzweiligste Reise ist unbedingt die Fahrt mit einem Kinderfahrrad, weil es da auf jeder, noch so kleinen Station, Betrieb, Leben, Abwechslung gibt. Die Zusammenstellung der Ferien-Kinderfahrradzüge ist eine außerordentlich komplizierte Arbeit, mit der beim Landesjugendamt Berlin bereits im Oktober begonnen wird. Wenn man bedenkt, daß solch ein Rücktransport mit einer Zahl von hundert kleinen Leuten den Ausgangspunkt der Reise verläßt und mit 1100 Kindern in Berlin ankommt, dann kann man sich ungefähr ein Bild von dem lebhaften Betrieb machen.

Ausgangspunkt der Rückreise ist diesmal ein kleiner Ort in Schlesien. Der allgemeine Reiseverkehr ist hier ein ganz schwacher und der kleine Bahnhof liegt still und friedlich im morgendlichen Sonnenschein. Ein paar Bahnarbeiter gehen hin und her, ein Mann schulkert eine Kiste mit Kartoffeln, das ist alles. Auf einmal tauchen ein halbes Duzend armbedindete Männer und Frauen auf und lassen vor dem Bahnhofsengang Posten; das sind

die vom Berliner Landesjugendamt entsandten Transportbegleiter samt dem Transportleiter, die die ersten hier zu sammelnden kleinen Reisenden in Empfang zu nehmen und nach Berlin zu bringen haben; eine Krankenschwester ist außerdem mit dabei. Jeder Begleiter hat die Pfte der ihm anvertrauten Kinder in Händen und wartet nun auf ihr Erscheinen. Hier kommen die Kinder einzeln, da es sich auf dieser Station ausschließlich um Ferientinder handelt, die auf Verwandtenbesuch waren. Dreiviertel Stunden vor Abfahrt haben sich die Kinder auf dem Bahnhof einzufinden; sie kommen aus dem Ort selbst und seiner näheren Umgebung, zu Fuß oder mit der Straßenbahn, in Begleitung von Großmüttern, Onkeln und Tanten, wobei die Großmütter das Hauptkontingent stellen; nun rücken sie nach und nach an, reichlich mit Gepäckstücken bepackt. Jetzt werden sie namentlich aufgerufen, zu jeder Gruppe gestellt sich der Begleiter, sie werden gezählt und siehe da — es fehlen einige. Das kommt vor, entweder sind die Kinder krank, oder, wenn sie sich veripäpelt haben, werden sie mit dem nächsten Zuge nachgeschickt.

## Viele, viele Tränenströme gibt es . . .

Nun geht's rein in den Zug, Plätze werden gesucht, das Gepäck verstaut und noch die Abschiedsworte mit den Angehörigen gewechselt. Dann folgen die Abschiedsgrüßen, wobei der großmütterliche Tränenstrom am reichlichsten fließt; ängstlich befragt umfassen die Augen der guten Mütter noch ein letztes Mal den kleinen Reisenden, fragen und raten und warnen und geben mit dem Abschiedskuß so ein Stückchen Herz mit auf den Weg. Signalpfeif, der Stationsvorsteher hebt den Stoß, es wird Ernst; Winken und Tränen, dann macht es sich alles bequem, es ist gefordert, daß jedes Kind einen richtigen Sitzplatz hat und kaum sitzt man, dann wird der erste Griff nach oben in den Proviantbehälter getan. Die Reize ist oft lang und so wird auch der reichlichste Rundvorrat geschafft. Bei der Speisefolge hat der Zugbegleiter — es kommen etwa 15 Kinder auf einen Begleiter — ein wachames Auge auf die Schar der Esser, damit sie sich nicht durch allzu lunterbunte Reizefolge den Magen verdirbt.

Der größeren Sicherheit halber werden die Türen von innen mit Schnüren zugebunden, die Fenster auf halber Höhe geschlossen und des Begleiters Hauptaugenmerk ist immer darauf gerichtet, die Kinder genau zu beobachten, daß sie sich nicht aus den Fenstern neigen, oder an den Türflinten peitern. Der Onkel, oder die Tante, die die kleine Gesellschaft betreut, ist mit dieser bald gut Freund, oft kennt man sich ja auch schon von der Schule, vom Jugendamt oder sonstwie; es finden sich unter den Begleitern ausschließlich Menschen, die, aus der Kinder- oder Jugendpflege hervorgegangen, in engstem Kontakt mit der ihnen anvertrauten Jugend stehen. Im übrigen ist die Reizegesellschaft aber auch wirklich recht brav, so daß hier und da ein kleiner Beweis meist das einzige Merkmal des ihnen übergeordneten Onkels oder der Tante ist.

Die Krankenschwester ist Gott lob arbeitslos geblieben und am Bahnhof in Berlin stehen Hunderte und aber Hunderte freudig erregter Eltern und Geschwister, die glückstrahlend ihren kleinen Urlaub in Empfang nehmen. Wenn man all die körperliche und seelische Kräftigung der neuen Generation sieht und miterlebt, dann muß man voll Bedauern dorer gedenken, die an der großen Freude nicht teilnehmen konnten.



# Vom Schloß zur Schule

## Wie die Aufbauschule Friedrichshain sich ein Heim eroberte

Etwas südlich von der Frankfurter Chaussee, eine halbe Stunde vor Berlin, liegt das Dorf Schöneiche (Stadtbahn bis Friedrichshagen, von dort Stichenbahn bis Schöneiche), Riesegut der Stadt Berlin. In diesem Dorf, von dem Mühlfließ und seinen nach kleineren Nebengewässern vielfach durchzogen, gibt es einen richtigen „kleinen Spreewald“, durch dessen dunkle, baumüberhangene Wasserstraßen man halbstundlang gondeln kann. Neben diesem vergnüglichen Ausflugsziel hat Schöneiche eine Kirche, deren Anfänge aus dem fünfzehnten Jahrhundert stammen dürften, und ein Schloß, das — nicht viel jünger — um 1700 ausgebaut, 1904 renoviert und später mit fließendem warmen und kaltem Wasser, Heizung und elektrischem Licht versehen wurde. In diesem Schloß mit seinen unzähligen Zimmern, seinem 20 Morgen großen Park und Ruhgarten durfte auch noch nach dem Verkauf des dazugehörigen Gutes an die Stadt Berlin ein einsamer Schloßherr mit seiner Schwester bis zu seinem Tode residieren. Nachdem er im Herbst 1930 gestorben war, wurden die Möbel von den Erben abgeholt, Licht und Wasser abgestellt, die Fensterläden zugemacht — das Schloß stand leer, blieb schön und prächtig und etwas verunreinigt und wartete auf die neuen Herren, für die das Gemüse weiter wuchs und das Obst reifte.



Das neue Heim der Aufbauschule im Schloß Schöneiche

Nun gibt es die Aufbauschule Friedrichshain, die mit guter Witterung dauernd auf Eroberungen ideeller und materieller Art aus ist. Mit den Winkeln, Sadgassen und Schwierigkeiten der Instanzenwege allmählich wohl vertraut, zog sie vor über einem halben Jahre in den friedlichen Krieg, der eben jetzt zum Siege führt. Es zeigte sich, daß es an jeder Biegung des langen Weges Verstärkung gab: der Bürgermeister Genosse Wielich war einer der ersten, sozusagen der Schutzherr; dann erwies sich der Stadtrat Genosse Buhly als verständnisvoller Freund und Helfer in der Güterverwaltung und im Jugendamt; die Stadtschulräte Genosse Rydahl und Hein gaben wichtige Ratsschlüsse und endlich wurde auch der Stadtkämmerer Genosse Kisch mit guten Gründen gewonnen, um die Pacht für das eroberte (und bis dahin nichts einbringende) Schloß nicht zu hoch anzusetzen.

Mit dieser Aufbauschule Friedrichshain, Deutsche Oberschule für Mädchen, hat es seine eigene Bewandnis. Sie dürfte die einzige Schule in Berlin sein, deren Elternbeirat, fünf Vertrauensleute für die einzelnen Klassen und ebensoviele Ersatzleute, sämtlich Sozialdemokraten sind. (Bei den Wahlen gibt es überhaupt nur die Liste „Schulaufbau“.) Wenn man die Herkunft der zweihundert Schülerinnen verfolgt, wird das nicht verwundern: die Eltern sind zu 15 Proz. erwerbslos, zu 49 Proz. Arbeiter, zu 14 Proz. Selbständige (Straßenhändler, Fleischer u. ä.), zu 22 Proz. Beamte und kleine Angestellte. Bei 18 Proz. der Mädel arbeitet auch die Mutter, 22 Proz. der Schülerinnen müssen selbst neben der Schule zum Unterhalt ihrer Familien beitragen. 73 wohnen in Hofwohnungen, bei 74 wohnen zwei bis neun Familienmitglieder in nur zwei Stuben, bei 51 zwei bis sieben in Stube und Küche. 60 Proz. der Schülerinnen sind vom Schulgeld befreit, 33 Proz. zahlen es teilweise und nur 7 Proz. ganz. Die 40 Schülerinnen bekommen warmes Essen, meist für sie die einzige warme Mahlzeit des Tages. Trotz dieser Kostlage haben in den bisher stattgefundenen Reifeprüfungen sämtliche 50 Abiturientinnen be-

standen, und zwar 20 mit „gut“ und 8 mit „Auszeichnung“, ein Beweis für die besondere Energie dieser Mädel aus allen Proletariatsvierteln von 19 verschiedenen Bezirken. Da die Aufbauschule Friedrichshain die einzige für Mädchen in Alt-Berlin ist, hat es in ihr die vielen verschiedenen Berliner, von den Volksschulen empfohlen, von der Berufsberatung vorgeschlagen, nach einer prüfenden Besprechung aufgenommen, alle von dem gleichen Lern- und Aufstiegswillen befeuert.



„Aus niedriger Häuser dampfen Gemächern, Aus dem Druck von Giebeln und Dächern Sind sie alle ans Licht gebracht.“ (Faust I.)

Für diese Mädel muß das Beste gerade gut genug sein. In ihren Wohnungen haben sie unter Luft-, Licht- und Raumnot zu leiden. Das Schulhaus in der Frankfurter Allee hat auch gerade keine vorbildlichen Raumverhältnisse. In der Aula zum Beispiel ist eine Klasse untergebracht, die irgendwohin ausziehen muß, wenn die Aula ihrem dritten Zweck als Musikzimmer dient. So hatte man denn über Sommer Baracken auf dem Spielplatz in Eichkamp requiriert und dort Schule im Freien abgehalten. Mit der Bebauung des Geländes hörte aber die „fröhliche Großstadtschule“ im Grunewald auf, wie sich Schüler und Lehrer in einem selbstverfertigten ebenfalls fröhlichen und lehrhaften Film nennen und man suchte nach Neuem. So kam man nach und nach schließlich zu Schöneiche.

Im Schloß Schöneiche wohnen dauernd die Waisen unter den Schülerinnen, die bis jetzt privat untergebracht waren. Zwei jüngere Mitglieder des Lehrerkollegiums und eine Arbeiterfamilie — Hausvater und Hausmutter — werden gleichfalls dauernd draußen wohnen, um die Kontinuität im ganzen Tagesablauf zu garantieren. 30, später bis 60 Schülerinnen werden vorübergehend wohnen und dort dann ganz unterrichtet werden, während die übrigen und die Lehrer zu bestimmten Stunden (Naturwissenschaft usw.) und zu ihrer Erholung herausfahren, im übrigen aber in dem Stadtschulhaus bleiben. Sie werden im Beinkellergemälde der Herren Bon und zu ihre Mahlzeiten einnehmen, im ebenerdigen Rundsaal ihre gemeinsamen Stunden verbringen und in den vielen kleineren Zimmern Klassen-, Wohn- und Schlafräume haben. Kostgeld, Fahrgehalt und die Pachtsumme werden privat, ohne behördliche Unterstützung, aufgebracht. Man hofft, aus dem Ruhgarten viel materielle Hilfe zu bekommen. Von den städtischen Stellen werden nur die Gelder in Anspruch genommen, die für einzelne Kinder (Waisen u. a.) so wie so gezahlt werden. Da sich das Schloß in einem tadellosten Zustande befand, brauchte auch das Bezirksamt Friedrichshain nur verhältnismäßig geringe Mittel für die Erweiterung der sanitären Anlagen zu bewilligen. Die Möbel standen von den Grunewaldbaracken her noch auf dem Speicher — unter Führung ihrer Leiterin, der Genossin Gerhardt, hat sich die Aufbauschule Friedrichshain ein Schloß gewonnen, das fast nichts kostet! Sogar Lehrstoff gibt es in Menge umsonst, die historisch und literarisch interessierten Schülerinnen werden die ganz unbekanntes Schätze der Kirche und ihrer uralten Bibliothek bearbeiten. Die naturwissenschaftlich interessierten Besucher werden im Park und seinen Gewässern, in den Gewächshäusern und der Drangerie genug Gelegenheit zu praktischen Studien haben.

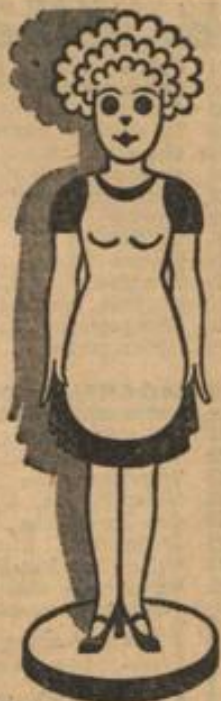
Und die letzten blaublütigen Wespen der Schloßes werden ihre Winkeln verlassen, wenn am 11. August mit einer der für die Aufbauschule Friedrichshain charakteristischen Feste die Schulgemeinde die Verfassung der Deutschen Republik und den Einzug in das Schloß feiern wird und die schwarzrotgoldene Fahne zum erstenmal am Mast hochgeht.  
Gerda Weyl.

### Frei Heil, Schupofamerad!

Ein „Vorwärts“-Leser schreibt uns:  
Das Herz lachte einem, wenn man am Verfassungstage durch die Chausseestraße ging! Wie sah denn nur die alte Reitfesterlaterne aus? Wohl aus hundert Fenstern des grauen Gemäuers der Polizeiunterkunft wehten große schwarz-rot-goldene Fahnen, die ganze lange Front hinunter. Lebendiges Bekenntnis der Schuppoffizei zur Republik! Stolz meint der Posten: „Aus eigener Tasche!“ — Und als dann das Reichsbanner mit klingendem Spiel und brennenden Fackeln vorbeimarschierte, da erscholl immer wieder der Ruf: „Unsere braven Kameraden von der Schupo ein dreifaches Frei Heil!“ Wir alten Knaben aber sagten: „Das ist Volkspolizei! Bravo, ihr Schupos vom Wedding!“

Alt-Berlin. Die nächste Führung durch die vergessenen Winkel des ältesten Berlin veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter der bewährten Leitung des Schriftstellers Georg Bamberger am Sonntag, dem 16. August. Treffpunkt: 10.30 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgang Untergrundbahn. Teilnahme 50 Pf.

Sozialistischer Operanten-Bund. Die Orchestergesellschaft Berlin des SOB, netenhalter zum Herbst einige neue Anfängerkurs auf Erlernung der Weltmusiksprache Operant. Die Kurse beginnen in Reinickendorf am Sonntag, 14. September, 9 Uhr, im Jugendheim Einbaumer Götze; im Oden am Donnerstag, 17. September, 9 Uhr, im Jugendheim Am Ostbahnhof 17; im Zentrum am Freitag, 18. September, 1914, 12 Uhr, im Reichsbannerhaus, Eichenstr. 33. Der Kurva folgt 4 M. für Jugendliche 3 M. Arbeitsloste zahlen pro Abend 10 Pf., Lehrbuch 20 Pf. Organisations, welche für ihre Mitglieder eigene Kurse wünschen, wenden sich an die Geschäftsstelle: Sozialistischer Operanten-Bund, Berlin R. M., Choriner Str. 45.



Wie die Grete



macht's die Käthe---







# Faschismus in Danzig.

Naziregierung verbietet Arbeiterbewegung!

Danzig, 13. August. (Eigenbericht.)

Die von den Nazis abhängige Danziger Regierung bereitet einen neuen Schlag gegen die Werktätigen vor. Sie will ihr in vier Monaten entstandenes Defizit von 12 Millionen Gulden durch neue unerhörte Belastungen und durch Abbau der sozialen Rechte decken. Da die Regierung die Kritik an ihren volksfeindlichen Maßnahmen fürchtet, hat sie zunächst die sozialdemokratische „Volksstimme“ auf vier Tage verboten. Eine Versammlung der Sozialdemokratie wurde ebenfalls untersagt. Jetzt ist die Regierung sogar dazu übergegangen, sozialdemokratische Mitgliederversammlungen zu verbieten. Eine große Mitgliederversammlung, die auf Donnerstagabend einberufen war, wurde in letzter Minute mit der Begründung untersagt, daß sie „unfriedlichen Zwecken“ diene, obwohl der Hauptredner Julius Gehl sein sollte, der jahrelang an der Spitze des Freistaates stand. Diese Maßnahmen tragen ausgesprochen faschistischen Charakter; sie mögen überall in Deutschland als Lehre und Warnung dienen!

## Ein nationaler Held.

Ein Vorkämpfer gegen Mißwirtschaft und Korruption.

Der Führer des Stahlhelm in Sangerhausen ist ein gewisser Hauptmann a. D. Woge. Er ist Stadtvorordneter und Mitglied des Stadtparkassenturatoriums. Er hat sich eifrig beim Volksbegehren und beim Volksentscheid gegen die Preußenregierung betätigt. Auch auf dem Breslauer Stahlhelmtag spielte er als Volksredner eine Rolle. Er verstand es prächtig, gegen „die rote Mißwirtschaft und Korruption in Preußen“ zu deklamieren und die Beseitigung der Mißwirtschaft zu fordern. Kurzum ein nationaler Held in jeder Faßer seines Wefens.

Herr Hauptmann a. D. Woge ist Mitinhaber der Getreide- und Futtermittelgroßhandlung A. G. Hoelz u. Söhne in Sangerhausen. Die Firma ist vor kurzem in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Als das Vergleichsverfahren eröffnet wurde, wurde von sachverständiger Seite festgestellt, daß die Bilanz schon seit Jahren nicht gestimmt habe! Die Firma strebt nun einen Vergleich mit ihren Gläubigern auf der Grundlage von 30 Proz. an.

Herr Woge, der Mitglied des Stadtparkassenturatoriums ist, verstand es, Wechselkredite von der Stadtparkasse zu erhalten. Noch 14 Tage vor der Eröffnung des Vergleichsverfahrens hat er einen erneuten Wechselkredit von 5000 Mark von der Stadtparkasse abgehoben, obgleich ihm die Woge seiner Firma selbstverständlich bekannt war. Es wird untersucht werden müssen, ob nicht der Tatbestand des Kreditbetrugs gegenüber der Stadtparkasse Sangerhausen vorliegt. Siderlich aber erfüllt es den Tatbestand der Korruption, wenn ein Mitglied des Sparkassenturatoriums sich von der Sparkasse für sein bankrotttes Geschäft einen Wechselkredit geben läßt!

Die Stadtparkasse hat ferner ihren Winteroperat von Kols bei der Firma des Herrn Woge bestellt gehabt. Sie hat ihn bezahlt und vorläufig bei der Firma gelagert. Als die Zahlungsschwierigkeiten bekannt wurden und die Sparkasse den Kols holen wollte, war er nicht mehr zu finden. Das ist auch ein Tatbestand, der den Staatsanwalt angeht. Die Deffenlichkeit jedoch fragt: Warum hat der Stahlhelmführer, der Mitglied des Sparkassenturatoriums ist, ausgerechnet diese Lieferung erhalten?

Nur nebenbei soll erwähnt werden, daß außer der städtischen Sparkasse auch noch die Kreisparkasse mit 40 000 Mark an dem Zusammenbruch beteiligt ist. Den Aktien von 126 000 Mark stehen Passiven von 350 000 Mark gegenüber.

Man versteht jetzt, warum dieser Stahlhelmführer so laut über die „rote Mißwirtschaft und die Korruption in Preußen“ geschrien und so sehnsüchtig nach einem Stahlhelmsregiment in Preußen Ausschau gehalten hat. Er brauchte Kredite und eine Sanierung für sein bankrotttes Unternehmen. Staatsgeld in die Kassen seinesgleichen — das ist sein politischer Sauerbrotbegriff, den er in Preußen einführen wollte!

## Die Franzen-Reise.

Ratlosigkeit der Braunschweiger Nationalsozialisten.

Braunschweig, 13. August. (Eigenbericht.)

Die Nationalsozialisten des Landes Braunschweig haben sich bisher immer noch nicht zum Rücktritt des Ministers Franzen geäußert. Die Deutschnationale Volkspartei bemüht sich dagegen, den jetzigen unhaltbaren Zustand zu ändern, indem sie vorschlägt, in Zukunft in Braunschweig nur einen Minister amtierend zu lassen. Die Nationalsozialisten scheinen auch bereit zu sein, wenigstens behaupten das die Deutschnationalen, den jetzigen deutschnationalen Finanzminister Dr. Kuechenthal zu stützen. Kuechenthal hat sich auch schon bereit erklärt, die Geschäfte als alleiniger Minister fortzuführen. Die Sozialdemokratie ist bisher aber noch nicht um ihr Einverständnis gefragt worden, obwohl sie darüber ein wichtiges Wort mitzureden hat.

Die Verfassung des Landes Braunschweig bestimmt, daß wenigstens zwei Minister das Staatsministerium bilden. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß die Sozialdemokratie mit der Herabsetzung der Ministerzahl einverstanden sein wird. Eine Veränderung der Landesverfassung aber ist nur mit Zweidrittelmehrheit möglich. Auch eine Landtagsneuwahl kann nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden. Urganwelche Beschlüsse sind bisher von keiner Seite gefaßt worden. Bis jetzt hat man aber den Eindruck, daß die Nationalsozialisten durch den Rücktritt Franzens vollkommen hilflos geworden sind. Franzen hat sich jedoch bereit erklärt, bis zum Zusammenritt des Landtags im Amte zu bleiben. Er führt immer noch, um mit ihm selbst zu sprechen, die „Ratereordnungen der Brüning-Diktatur“ durch, allerdings als geschäftsführender Minister. Da die Nationalsozialisten keinen Ausweg aus der Krise wissen, wäre es sehr wohl möglich, daß sie einen Mann aus dem „stinkenden Mißhaufen“ (frei nach Goebbels) stützen und tolerieren.

Der italienische Bizekonsul Juretti in Brüssel ist auf dem Heimwege von mehreren Unbekannten überfallen, schwer mißhandelt und verwundet worden. Die Täter sind unerkannt entkommen.

# Petrus Hitler und der Hahn.

Der „Rote Hahn“ vom Sturm 33 hat sich der Gerichtsverhandlung durch die Flucht entzogen



Und als Hitler die Legalität der SA. beschwor, da krächte der Rote Hahn höhnisch dreimal...

# Insel der Ruhe.

Sommerliche Begebenheiten in der Tschechoslowakei.

Prag, im August.

Außenminister Beneš hat in einem seiner letzten Exposés die Tschechoslowakei eine „Insel der Ruhe“ genannt, um die ringsherum die Brandung schlägt. Tatsächlich geht es trotz mancher Sturmzeichen in der Tschechoslowakei nicht so wild zu, wie in den Nachbarstaaten. Schleichereien und Reserstedereien zwischen Anhängern feindlicher Parteien gibt es hier nicht. Hitlers gefeierter Schüler, die tschechischen Faschisten, sind im Vergleich zu den reichsdeutschen Halentreuzlern harmlose Spießbürger. In Ermanglung einer Zugkraft gedenken sie sich jetzt als — monarchistische Partei zu etablieren. Insuper in ihrem Blätchen suchen einen edlen, reichen Gönner, der bereit wäre, eine Königspropaganda zu finanzieren.

Auch während der wirtschaftlichen Höchstspannung in Deutschland war in der Tschechoslowakei eine an Ereignissen arme Zeit. Die Vorgänge in Deutschland wurden mit höchstem Interesse, ja mit Bangen verfolgt. Das Krachen im Gehäul des deutschen Finanzkapitals war in Prag deutlich hörbar. Das Gewitter ging diesmal noch an uns vorbei.

Neroös war man, als der Markkurs an der Prager Börse einige Tage gestiegen war; seine dauernde Schwächung hätte den tschechoslowakischen Export gefährdet, da Deutschland im tschechoslowakischen Außenhandel den ersten Platz einnimmt.

Die Wirtschaftskrise hat sich im Sommer nicht wesentlich gebessert. Große Eisenwerke entlassen Tausende Arbeiter. Textilfabriken, insofern sie noch im Gange sind, schränken den Betrieb weitest ein. Mit Besorgnissen sieht man dem kommenden Winter entgegen. Die Wirtschaftskrise erschweren noch die Agrarier durch ihre Forderungen. Wegen agrarischen Widerstandes konnte das Parlament nur den ganz unzulänglichen Betrag von 600 Millionen tschechischer Kronen als Staatsgarantie für Exportkredite bewilligen. Auch die Nationaldemokraten haben dieses Gesetz sabotiert, weil es in erster Reihe Exporte nach Sowjetrußland betrifft.

Als das Parlament in die Sommerferien ging, befand sich die Regierungskoalition in einem derart zerrütteten Zustande, daß der Ausbruch einer Krise nur mit großer Mühe verhindert werden konnte. Die Gegensätze zwischen sozialistischen und bürgerlichen Parteien waren so heftig und häufig, daß Gesetzesvorlagen nicht vorwärts kamen. Der agrarische Ministerpräsident Udrzal kündigte für den Herbst die Bildung einer neuen, kompakten Regierungsmehrheit an. Das agrarische Tageblatt, welches diese Neuerung aufgriff, bemühte sich zu zeigen, daß eine Regierung ohne Sozialisten möglich wäre.

## Deutschland und Polen.

Verständigungsarbeit.

Alexander Strzyński hat als polnischer Ministerpräsident und Außenminister wiederholt seinen aufrichtigen Willen zu freundschaftlicher Verständigung mit Deutschland öffentlich kundgegeben. So auch anfangs 1926 einem „Vorwärts“-Redakteur gegenüber, der ihn in Warschau besuchte. Neuerdings hat dieser polnische Staatsmann im Krakauer „Mistr. Kurier“, dem verbreitetsten Blatt Polens, in einem Interview wiederum der Verständigung mit Deutschland das Wort geredet.

Wir hören aus Polen, daß dort eine weitverbreitete Stimmung sich geltend macht und zwar in der Richtung, daß man mit der allzugroßen Schwärmererei für Frankreich wenig Nützliches erreicht habe und daß es viel besser wäre, in ein freundschaftliches Verhältnis sowohl zu Deutschland als auch zur Sowjetunion zu kommen.

Der deutsch-polnischen Verständigungsarbeit dient auch die Sommer-schule, die vom 22. August bis zum 3. September in Löwenberg bei Breslau abgehalten wird. Die deutsch-polnische Sektion der Internationalen Frauensiga für Frieden und Freiheit hält dort Kurse über die Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen und die Möglichkeiten ihrer friedlichen Lösung ab. Deutsche, polnische, englische und französische Persönlichkeiten werden als Vortragende an diesem nützlichen Werk mitwirken.

## Sozialisten gebieten Ruhe.

Waffenruhe in Spanien.

Madrid, 13. August. (Eigenbericht.)

Die Sozialistische Partei veröffentlicht ein äußerst scharfes Manifest gegen die syndikalistischen und kommunistischen Attentate der letzten Zeit und droht mit Bergellungsmaßnahmen, falls die Verbrechen nicht aufhören.

In ganz Spanien sind seit Mittwoch, besonders in den Arbeitervierteln der Städte, polizeiliche Hausdurchsuchungen nach Waffen im Gange. Allein in Asturien wurden 5000 Pistolen gefunden. In Saragossa wurde der Versuch der Syndikalisten, das sozialistische Gewerkschaftshaus zu stürmen, durch die Polizei vereitelt. In Sevilla-Land nimmt die syndikalistische Agitation zu.

Die heiße Grenze. Ungarische Soldaten verhafteten in Sibau-Remet den tschechoslowakischen Zollbeamten Stefan, der den zur Zeit beurlaubten Leiter des Zollamtes vertritt, sowie den zweiten tschechoslowakischen Zollbeamten Elmil. Nach ungarischer Darstellung sollen die beiden tschechoslowakischen Zollbeamten in ungeheuerem Zustande in der Hauptstraße des Dries über Ungarn und die ungarischen Institutionen zu schimpfen begonnen haben. Darauf sei eine Schlägerei entstanden. Eine Gendarmerie-Portonisse habe sowohl die ungarischen als auch die tschechoslowakischen Teilnehmer an der Schlägerei zum Gendarmeriekommando gebracht.







# Walter Galdert: Mafalda

## Eine Geschichte, die nicht weiter geht

Als der Dichter Titus Löwenzahn eines Morgens viel früher als gewöhnlich auf seinen Balkon hinaustrat — eine Horde Fliegen war der profanische Grund seines zeitigen Aufstehens — stieß er einen Ruf des Erstaunens und Entzückens aus: ein Fenster im gegenüberliegenden Hause, das er seit Monaten nie anders als geschlossen und mit einer diskreten Wollgardine verhängt gekannt hatte, war geöffnet, und in dem Fenster lehnte eine Frau, deren Anblick ihn elektrisierte.

Titus war ein wenig kurzichtig, und es war ihm nicht vergönnt, auf Entfernungen alle Einzelheiten zu erkennen. Aber er sah blaueschwarzes, zu einer eigenartigen strengen Frisur zusammengefaßtes Haar, das ein erotisches Gesicht mit hochgewölbten tiefpunkten Augenbrauen und einem kleinen sehr roten Mund umrahmte, nein, frönte! Das genügte, um ihn zu erregen. Ein Name durchzuckte den Italienschwärmer Titus Löwenzahn: Mafalda. Ja, Mafalda, so mußte sie heißen.

Und schon fing seine Dichterphantasie an, eine Geschichte zu rekonstruieren. Mafalda war, leider, keine alleinstehende Dame, denn die Wohnungen der Siedlung wurden grundsätzlich nur an Ehepaare vermietet. Titus erinnerte sich auch, an demselben Fenster schon einmal einen sehr wenig erotisch aussehenden Mann gesehen zu haben. Mafalda mußte also wohl die Gattin dieses Mannes sein. Gewiß war er durch Stollen gereist und hatte eines Tages Mafalda gesehen, wie sie, gracios an eine römische Säule gelehnt, auf die Kauschfahne des Besus schaute. Er hatte sich ihr genähert und ihr eine Blume gereicht — der Dreiste! — und sie hatte ihm — dem Glücklichen! — höflich zugelächelt. Mit zusammengefaßten Botabeln und Zeichen hatte er sie um ein Wiedersehen gebeten, und sie war einverstanden gewesen. Am Abend hatten sie sich an der gleichen Stelle getroffen und waren Arm in Arm unter Palmen und Delbäumen stundenlang auf und ab gegangen. Der blonde Fremdling — damals war er ja wohl noch nicht faßl gewesen — hatte Roseworte geradebrecht und schließlich hatte er es gemagt, seine Lippen auf ihren roten Mund zu pressen. Titus haßte ihn bei diesem Gedanken. Aus einem Abendspaziergang waren viele, aus einem Ruf unzählige geworden, und eines Tages war der Fremdling aus dem Norden vor Mafaldas „babbu“ hingetreten und hatte ihn um die Hand seiner schönen Tochter gebeten. Der „babbu“, gewiß ein würdiger Mann mit einem prächtigen Kömerkopf, hatte seine Zustimmung gegeben, und der Fremde hatte die Tochter des sonnigen Südens in den kalten Norden geführt.

Run sah sie hier wie ein gefangener Vogel — Titus blickte hinüber; die Wollgardine verhängte schon wieder das Fenster — und dachte sehnsüchtig an ihre ferne Heimat zurück. Vielleicht sah sie mit einer Laute in ihrem Zimmer, das Titus sich ganz luxuriös ausmalte, und sang alte italienische Volkslieder. Titus wischte sich eine Träne aus dem Auge und ging ins Zimmer zurück.

Er setzte sich an seinen Schreibtisch und zeichnete mit Kohle — er war kein übler Zeichner — Mafaldas Bild auf ein Blatt Papier, das er mit einem Reißnagel an die Wand hängte. Lange sah er da und schaute es an, spitzte den Mund wie zum Küssen und münkte wie ein Verliebter dem Bilde zu. Ein Gedicht „Mafaldas Heimweh“ floß aus seiner Feder, und in seinem Geiste reifte der Plan zu einem Roman.

Titus stand jetzt jeden Morgen früh auf, rasierte sich in fliegender Hast und eilte auf den Balkon, um Mafalda zu Gesicht zu

bekommen. Sie öffnete jeden Tag zur gleichen Zeit ihr Fenster und sah eine halbe Stunde lang hinaus; das hatte Titus sehr schnell festgestellt. Er war meist schon früher draußen. Seinen bequemsten Rehnstiel hatte er auf den Balkon geschleppt, und in dem sah er die halbe Stunde lang, während der Mafalda sich zeigte. Er starrte sie an und notierte ob und zu auf einem Block die Gedanken für seinen Roman, die ihm der Anblick der Schönen eingab. In einer Woche kam er bis auf vierzig Seiten. „Mafalda, die Entwurzelte“ sollte der Titel lauten . . .

Stundenlang arbeitete der wackere Titus vor dem Bild, das über seinem Schreibtisch hing. Der Roman gedieh vorzüglich, bald war Seite hundert erreicht. Die Erlebnisse der Heldin bis dahin waren im höchsten Grade aufregend, und wenn sie ihren Geliebten küßte, überließ ein Schauer Titus Löwenzahn. Dieser Roman würde ein großer Erfolg werden, das fühlte er . . .

Da ging Titus, er hatte gerade wieder sechs Seiten des Mafalda-Romans geschrieben, eines Nachmittags zum Bäcker, um sich Brötchen zu holen. In Gedanken arbeitete er noch an einer Szene des Romans, in der Mafalda mit ihren Freundinnen auf dem Blumenmarkt steht und ein Gespräch über die Liebe führen sollte. Titus sah nicht auf seinen Weg und stolperte an jeder Bordschwelle. Plötzlich rief ihn eine fettige Hausfrauenstimme aus seinen Träumen: „Wie machen Sie bloß immer Ihre wunderbaren Heringsklopse, Frau Neubauer?“

Titus blickte entrüstet auf und überlegte gerade eine pathetische Beleidigung, die er der Frau an den Kopf werfen wollte. Da fiel sein Blick auf ein Gesicht, mit hochgewölbten Augenbrauen und firschtroten Lippen, das von blaueschwarzem Haar in einer strengen Frisur getränkt wurde. Mafalda! Ja, kein Zweifel, es war Mafalda! Sie stand unter den Frauen, die sich um den Wagen eines fliegenden Gemüsehändlers drängten und über Heringsklopse diskutierten! Wie mußte ihre edle Seele darunter leiden! Titus errötele und starrte die Heldin seines Romans an. Jetzt öffnete sie den Mund, gewiß um gegen die Heringsklops-Megäre aufzubegehren, und sagte: „Mäine Keenichsbarjer Klopse sind äijentlich mäin Jöhämnis, aber wäil Sie's find, Frau Barch, wil ich es Ihnen verraten . . .“

Es gab ein Klirren wie von zerbrochenem Glas, aber es waren keine Scherben auf dem Boden zu sehen; es war Titus Löwenzahns Traum, der in Stücke gegangen war. Mit zusammenklammernden Beinen ergriff der Dichter die Flucht, stürzte in den Bäckerladen, verlangte seine Brötchen und war schon wieder draußen, bevor die Verkäuferin ihm das Kleingeld auf sein Dreimarkstück herausgegeben hatte.

Vor der Türe ihres Hauses stand „Mafalda“ und sah die Straße entlang. Titus bremste seinen Laufschrift, ging auf sie zu und sagte mit zornbebender Stimme: „Meine Dame, wissen Sie nicht, daß so ein Gesicht verpflichtet?“ Und schon hatte er ihr den Rücken gewandt. „Wie mäinen Sie das, mäin Harrchen?“ rief ihm die erstaunte Ex-Mafalda Frau Neubauer nach.

Am nächsten Tage sahen die Mülltücher in einer Gruppe auf ihrem Wagen und lasen in dem Manuskript, das sie in einem Müllkasten gefunden hatten. „Ein saftiger Roman!“ sagten sie, „ein Klassewid, diese Mafalda! Bloß schade, daß die Geschichte nicht weiter geht . . .“

# Geheimnisvolle Mächte

Jeder von uns hatte schon „Ahnungen“. Ulrich Müller-Hannibal hat hier ein paar solcher Fälle gesammelt, berühmte und unbekante. Die Leser werden aus ihrer eigenen Erfahrung entsprechende Merkwürdigkeiten hinzuzufügen können.

Es mag ein Zufall sein, daß der Wind ausgangs Juli 1914 die letzte der drei mächtigen Friedenspappeln bei Jena umriß. Man braucht darin noch keine okkulten Zusammenhänge zu sehen, das Ausbrechen des Weltkrieges darin verspüren. Es waren aber wohl keine Zufälle, daß Frauen und Mütter von einer inneren großen Unruhe geplagt wurden, zur selben Stunde als ihre Männer und Söhne fern der Heimat im furchtbaren Weltentringen ihr Leben aushauchten.

Wie oft tritt etwas in unser Erdendasein, das wir kommen gesehen, das wir geahnt haben. Wie oft erleben wir etwas, was uns als eine Schickung erscheint.

Als Goethe am Neujahrstage des Jahres 1805 den für seinen Freund Friedrich von Schiller geschriebenen Neujahrsgruß vor der Absendung noch einmal durchlas, entdeckte er, daß er statt vom „wiedergekehrten Neujahrstag“ vom „letzten Neujahrstag“ geschrieben hatte. Waterfüllt, wie ihm eine solche Gedankenlosigkeit habe passieren können, zerriff er den Brief und schrieb einen neuen Neujahrsgruß. Aber dabei mußte er sich äußerst scharf zusammennehmen, um nicht wieder denselben Fehler zu machen. Das verlegte ihm einen großen Schreck und gab ihm eine tiefe Ahnung ein, so daß er noch selbigen Tages der Frau von Stein davon erzählte und dann meinte, er oder Schiller würde den nächsten Neujahrstag nicht mehr erleben. Und Schiller weilte bereits nicht mehr unter den Lebenden als der Sommer kam.

Als der Dichter Robert Hamerling im Sterben lag, da schüttelte ein Birkenbaum vor dem Arbeitszimmer seines Freundes Peter Rosegger sein Blätterkleid mitten im heißen Sommer von sich, daß die Leute neugierig auf der Straße stehen blieben und das Naturwunder bestaunten. Sinnend stand auch Peter Rosegger am Fenster seines Arbeitszimmers und schaute auf dieses eigenartige Naturspiel. Und als er einige Stunden später die telegraphische Nachricht von dem Tode seines Freundes und Gönners erhielt, der zur selben Stunde sein Leben ausgehaucht hatte, als der schlanke Birkenbaum vor seinem Hause die Blätter von sich geschüttelt hatte, konnte er in diesem Naturwunder nichts anderes sehen als die Ankündigung des Todes Robert Hamerlings. Als er dann an den Schreibtisch ging, um das letzte Wort des befreundeten Dichters zur Hand zu nehmen, da hatte der Wind in den Blättern des Buches geweht und eine Seite durch das offene Fenster mit gelben Birkenblättern bestreut. Es war jene Seite, wo Robert Hamerling von seinem Siegelring und Talisman erzählte. Nach einigen Tagen erhielt er einen Auszug aus dem Testament des verstorbenen Freundes: „Meinen Freund P. R. Rosegger bitte ich, meinen Siegelring, welcher den mir am Beginne meiner literarischen Laufbahn von Graf Protosch-Osten geschenkten türkischen Talisman enthält, und den ich viele Jahre am Finger getragen, als Andenken freundschaftlich anzunehmen.“

Ein mir befreundeter Dramatiker kam von einer Uraufführung eines seiner Werke zurück und hatte in einem kleinen ostdeutschen Städtchen beim Umsteigen einen längeren Aufenthalt. Er ging in den Wartesaal. An den Tischen an den Wänden saßen einige Reisende. Allein zwei in der Mitte des Wartesaumes stehende Tische waren unbesezt. Auf einem von ihnen stand ein Glas Bier, das nicht ganz geleert worden war. Mein Freund setzte sich an diesen Tisch, rief den Kellner, bat ihn, das Glas wegzunehmen und bestellte sich ebenfalls ein Glas Bier. Kaum, daß der Kellner fortgegangen war, fiel sein Blick auf den leeren Tisch nebenan, und in demselben Augenblick machte er sich scharfe Barmwürfe, warum er sich nicht an den nebenstehenden Tisch gesetzt hatte. Sein Gewissen plagte ihn so stark, daß er tatsächlich wieder aufstand und an dem anderen Tisch Platz nahm. Wenige Sekunden später, fielen aus der Decke des Wartesaumes gerade über seinem ersten Platz einige Mauersteine herab und zertrümmerten krachend den Stuhl, von dem er sich eben erhoben hatte . . .

Vor einigen Jahren hatte ich in einem Zeitungsaussatz „Die Geschichte eines alten Tisches“ geschrieben. Ich hatte erzählt, wie meine Großmutter diesen Tisch in ihren jungen Jahren auf einer Auktion für 50 Pf. erstanden hatte und was er dann bis auf den damaligen Tag, als er meine Junggesellenbude schmückte, alles erduldet hat. Beim Schreiben des Aufsatzes freute ich mich, meine Arbeit meiner Großmutter gedruckt vorlegen zu können. Als ich den Aufsatz jedoch in den Briefumschlag steckte, sagte mir eine innere Stimme, daß meine Großmutter nicht mehr leben würde, wenn er gedruckt wäre. Ich unterdrückte indes die Ahnung, weil meine Großmutter trotz ihres hohen Alters eine sehr rüstige Frau war. Es gingen einige Wochen ins Land, der Aufsatz war angenommen, aber immer noch nicht gedruckt. Unerwartet kam dann die Nachricht vom dem plötzlichen Tod meiner Großmutter. Ohne eine Krankheit, ohne einen Schreckenanfall war sie eines Nachts ins Senfenschlummergefallen. Nach einer Woche bekam ich dann meinen Aufsatz gedruckt vor Augen . . .

# Fachfleisnerwunderwerk des Maestro Renzi

Maestro Costanzo Renzi, biederer Uhrmachermeister in Rom, hat in zweijähriger Arbeit ein faszistisches Wunderwerk geschaffen, das geeignet sein dürfte, den Reiz aller Fachkollegen hervorzurufen und sicherlich sogar das faszistische Regiment des Herrn Mussolini überdauern wird! Es handelt sich um eine 1 Meter hohe Uhr, die nicht nur Stunden, Minuten und Sekunden, sondern auch Tage, Monate und Jahreszeiten genau anzeigt. Bei dem allfälligen Wochenschlag springt nicht etwa ein simpler Kuckuck herab, sondern ein Fahnenträger, dessen Standarte das Bild des Königs und des Duce zeigt. Gleichzeitig ertönt die Faszistenhymne, die Giannozza und obendrein setzt sich eine Miniaturkanone in Tätigkeit. Nach dem Schuß wird eine zweite, nämlich die italienische Nationalflagge sichtbar. Mehr „Nationalgefühl“ kann man wirklich nicht verlangen; der Fanatiker verdient in der Tat, zum Ehrenfahnen ernannt zu werden . . .

Was die französische Mordstatistik lehrt. Nach der neuesten französischen Kriminalistik fallen in Frankreich jeden Monat 75 Personen einem Mord zum Opfer. In 12 von 100 Fällen ist Eifersucht die Ursache, in 7 handelt es sich um Motive des Eigennutzes und der Habgier, in 70 um die Folgen eines heftigen Streltes. Die Opfer verteilen sich zu fast gleichen Teilen auf beide Geschlechter; unter den Tätern sind jedoch die Männer mit 75 Proz. in der Überzahl. Man hat die Beobachtung gemacht, daß die Morde aus Eifersucht in den Städten häufiger sind als auf dem Lande; dort werden die Verbrechen hauptsächlich aus Eigennutz begangen.

# Erna Biljng: Wie der Ueberkreuzflug entstand

„Dort oben bin ich weniger häßlich als hier unten.“ sagte vor Jahren einmal der Jurist Beotard und er wurde ein berühmter Luftturner.

Schon damals übte die Luftnummer eine große Anziehungskraft aus und das tut sie bis auf den heutigen Tag. Daher ist sie auch aus keinem guten Zirkusprogramm hinwegzudenken. Desgleichen spielt sie auf dem Varieté, das gegenwärtig mehr denn je auf das rein Artistische eingestellt ist, eine bedeutende Rolle. Man denke nur an die berühmten Cadonas, die in Europa fast durchweg Varieté-Engagements absolvieren. Die drei sind auch die Luftturner, die in den weltbekanntesten Filmen „Varieté“ und „Der Teufel“ auftreten, doch blieben sie bei beiden Filmen ungenannt und den Beifall für ihren Wagemut nahmen ohne weiteres Schauspieler für sich in Anspruch. In ganz Mexiko, der eigentlichen Heimat der Luftkünstler, nehmen im Zirkus die Menschen ohne Murren im Stroh Platz, nur um die Cadonas zu sehen. An einem Gastspielorte gewann eine durch Schreck stumm gewordene Frau ihre Sprache wieder, als sie sich über die Saltos Alfredo Cadonas erschraf. Alfredo Cadona dreht nämlich den dreifachen Salto und wird dann von seinem Bruder Balo aufgefangen. Dieser dreifache Salto ist heute einzigartig. Dieser dreifache Salto ist die Sensation, über diesen dreifachen Salto sind zentnerweise Zeitungsartikel geschrieben, doch als Alfredo Cadona nach dem Todessturz seiner Frau Billoa Verheil sah und weinte und weinte und begreiflicherweise so schlapp war, daß er bei seiner Arbeit nicht den Dreifachen drehte — da soll das kein Mensch gemerkt haben.

Der dreifache Salto ist der Ehrgeiz manches Luftturners, der sogar schon mit dem Tode bezahlt wurde, wie von einem Flieger der Urmann-Truppe.

Er versucht bei einer Probe, freilich ohne seine Kollegen zu benachrichtigen, den dreifachen Salto und fällt ins Netz. Er bleibt liegen und als die Kameraden rufen „Steh doch auf“, da kommt die Antwort: „Ich kann nicht.“ Man hebt ihn vorsichtig aus dem Netz und schafft ihn ins Krankenhaus, wo er an einer Wirbelsäulenerkrankung bereits am Abend stirbt.

Seit der Zeit hat der Chef der Truppe es verboten, den dreifachen Salto zu probieren. Einer der Flieger dreht zweieinhalb sicher und das genügt. Er unterdrückt nicht den Ehrgeiz seiner Leute, doch lenkte er ihn vom Nachahmen ab und bemüht in neue Bahnen. Die Nummer — die Urmanns sind ihrer Nationalität nach Deutschrussen — war jahrelang von einem großen amerikanischen Zirkus engagiert gewesen, wo sie gemeinsam mit einer anderen Luftnummer arbeitete. Wieder nach Europa zurückgekehrt, wollten sie mit ganz neuen Tricks herauskommen. Doch wo bekam man einen Raum, um probieren zu können? Man reiste durch ganz Belgien, es war kein Raum aufzutreiben, man trennte sich und fuhr nach Deutschland. Dem einen hatte man einen geeigneten Saal in Köln, dem anderen einen in Baden verprochen, aber weder der eine noch der andere kam ernsthaft in Betracht. Schließlich erhielt man in

einer kleinen Stadt eine Halle für eine Tagesmiete von 10 Mark und dann begann man mit den Proben. Die Originalidee zum Ueberkreuzflug jedoch kam bei der Arbeit selbst.

Der Chef, der zugleich der Fänger ist, sieht seinen Bruder und einen Flieger über Kreuz (gleich einem Malkreuz) vor sich, er wirft seine Schwägerin durch und sie erreicht ihr schwingendes Trapez. Die Schwägerin probiert denselben Trick von der Brücke aus und der Fänger bekommt die Luftturnerin tatsächlich in seine Hände. Da wissen es auf einmal alle acht, daß sie mit einer unerhörten Keuheit herauskommen können. Ihre erste machen sie noch kein vor Freude strahlendes Gesicht. Sie haben kein Herzklöpfen, ihnen ist auch nicht schlumm im Wagen, das kennen Luftturner nicht, aber sie stehen traurig und zittern und können es selbst noch nicht so recht begreifen, daß sie wieder auf der schmalen Brücke gelandet sind und tatsächlich feststehen.

Run wurden Kreuzflüge und Ueberkreuzflüge in allen möglichen Arten und Abarten probiert. Des öfteren liefen zwei Luftturner im Netz spazieren, oft sogar der eine hinter dem anderen her und sagten nur „O ooo“, dann waren sie nämlich mit den Hinterköpfen zusammengestoßen. Doch die Nummer wurde fertig und jetzt arbeiten die acht mit mathematischer Sicherheit, leicht und elegant, wie es das Publikum liebt; denn das will den Schauer der Gefahr und zugleich ein liebenswürdiges Hinwegtäuschen über diese Gefahr.

Trotzdem ist die Gefahr nicht gebannt. Sie lauert oft recht hinterhältig, wie ein Flieger der Truppe es bitterböse erfuhr.

Er hängt schon am Trapez, sein Körper gerät aber in eine unvorhergesehene Schwenkung und mit enormem Schwung stürzt er aus einer Höhe von 10 Meter ausgerechnet zwischen Rahmen und Netz in die Tiefe. Der Fänger hat gerade seinen Bruder in den Händen, sieht den Sturz und sagt: „Der Jan ist aus dem Netz.“ „Wirf mich ins Netz.“ antwortet der Bruder. Der schlägt ins Netz, der Fänger folgt, die anderen Luftturner greifen nach der Strickleiter, die Luftnummer ist unten, steht neben dem Berunglückten. Der ist mit dem Oberschenkel auf ein Brett gefallen. Das Publikum schreit, man trägt den Abgestürzten raus. Ein Clown reißt irgendwo Bretter ab und sagt: „Die werden jetzt notwendig gebraucht.“ Und dann schient man das sichtbar beschädigte Glied, gibt eine Morphiumspritze und bringt den Verletzten ins Krankenhaus. Die Ärzte befürchten eine Nierenzerreißung und alles mögliche. Die Ärzte wagen kaum eine Operation, die Artisten jammern „Ach, unser armer Jan“ und wagen kaum eine Nachfrage. Und das Endergebnis des Krankenlagers? — Der Mann lebt noch heute. Er hatte unter dem Tricot eine neue, zu feste Bandage getragen. Sie hatte ihn bei der Arbeit behindert, jedoch beim Sturz geschützt.

Abend für Abend arbeiten die Luftturner. Die Gefahr reizt die Artisten. Sie haben einen stählernen Körper und es ist wirklich noch gar nichts passiert, wenn nach der Vorstellung ein Flieger zum Fänger kommt, mit einem Finger eigenartige Bewegungen macht und sagt: „Du, der geht nicht mehr mit!“ denn „einen Finger ausreißen“, das kommt in den besten Luftturnerfamilien vor.



# Verzweifelte Selbsthilfe der Städte.

Abbau öffentlicher Aufgaben. — Ein sogenanntes Sanierungsprogramm. — Opferung von Volksinteressen.

Finanziell preisgegeben vom Reich, durch Notverordnungen von Kreditquellen abgeschnitten, ausgepowert durch die Lasten der Wirtschaftskrise sehen die deutschen Städte, wenn sie die Arbeitslosen nicht dem Hunger ausliefern wollen, keinen Weg mehr, als die Preisgabe wichtigster öffentlicher Aufgaben und Funktionen. Alle Ministerreden zur Verfassung haben den Freiherrn vom Stein, den Schöpfer der Selbstverwaltungstradition, in den Himmel gehoben. Wie das Reich im gleichen Augenblick die Städte preisgibt, ist ein Skandal. Der Städtetag hat ein Programm der verzweifelt Selbsthilfe entworfen, über das sein Präsident Dr. Mulert gestern vor der Presse berichtete. Die geplanten Einschränkungen sind ein Alarmzeichen, das die Öffentlichkeit für die Städte sich einzusehen zwingt.

Die Wirtschaftskrise nötigt Reich, Länder und Gemeinden, so führte Dr. Mulert aus, ihre Haushalte schleunigst in Ordnung zu bringen, um für die nächsten Monate bedrohlicher Entwicklung des Arbeitsmarktes gerüstet zu sein. Als erste Gruppe der öffentlichen Körperschaften unterbreiten die Gemeinden durch den Vorstand des Deutschen Städtetages der Reichsregierung ihr Sanierungsprogramm. Die Vorschläge des Städtetages sind in Vorbereitungen mit den maßgebenden Stellen der Reichs- und Staatsregierung erörtert worden. Die Vorschläge gehen bemüht davon aus, daß die Notzeit des kommenden Winters zu Maßnahmen nötig, die angesichts der Not, aber auch nur für die Zeit der Not zu verantworten sind.

Von 270 Millionen im Jahre 1929 wuchsen die Kosten der Gemeinden für die Erwerbslosenlasten auf 605 Millionen im Jahre 1930 und auf 1040 Millionen im Jahre 1931 an.

Im umgekehrten Verhältnis dazu stand, etwas später einsehend, zunächst ein langsames, seit 1931 schnelleres Abfinden der Einnahmen. Die Gemeinden haben zu ihrem Teil versucht, dieser Entwicklung Herr zu werden. Gewisse Erleichterungen brachten ihnen die beiden ersten Notverordnungen des Reichs. Darüber hinaus haben sie in immer stärkerem Maße Einsparungen und Abstriche in ihren Haushalten vorgenommen. Vom Vorstand des Deutschen Städtetages bereits im Dezember 1930 ausgearbeitete Sparvorschläge brachten im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahr etwa 400 Millionen, im Jahre 1931 durch Abstriche von den Haushaltsansätzen gegenüber dem 31. 1930 einschließlich Gehaltsstärkungen weiterhin rund 450 Millionen, wodurch es gelang, den Fehlbetrag entsprechend zu vermindern. Gleichwohl verblieb im Jahre 1930 ein restlicher Fehlbetrag von 420 Millionen für die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände.

Für das laufende Jahr muß der Fehlbetrag auf 800 Millionen Mark besetzt werden. Der Fehlbetrag ist allein auf den Mehraufwand für die gemeindliche Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge zurückzuführen. Die kommunalen Haushaltspläne wären ohne diese Lasten in Ordnung. Drei Viertel der Erwerbslosenkosten übersteigen die Kräfte der Kommunen. Das Reich hat die Kosten der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge zum größten Teil vom Reichshaushalt abgehängt.

Die Gemeinden müssen bisher die Kosten der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge, deren Zahl bekanntlich ununterbrochen steigt, selbst und ohne Hilfe des Reiches und der Länder tragen. Hier liegt einer der dringendsten Reformpunkte. Immer wieder und jetzt aufs neue erheben die Gemeinden die Forderung auf sofortige und wirksame Hilfe des Reiches und der Länder bei den Lasten der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge. Die Notwendigkeit, den Fehlbetrag von 800 Millionen unter allen Umständen zu beseitigen, ist um so zwingender, als für den Rest des Haushaltsjahres eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu befürchten ist. Es handelt sich heute nicht mehr um Ersparnisse und Abstriche in dem bisherigen Sinne, es muß vielmehr mit allem Ernst geprüft werden, welches Maß von Aufgabenbetätigung der öffentlichen Körperschaften angesichts unserer gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Lage noch möglich ist. Alle Zweige der Wirtschaft werden durch solche Maßnahmen unmittelbar und mittelbar schwer betroffen. Der Unterhalt der Bedürftigen und Arbeitslosen kommen in aller nächster Zeit in schwerster Gefahr, wenn nicht zugunsten dieser ganz großen Pfllichten andere Leistungen zurückgestellt werden.

Alle Gebiete des Kommunalwesens werden betroffen werden. Ein Fünftel des gemeindlichen Zuschußbedarfs betrifft

## Schule und Bildung.

Da innerhalb des Schuletats die Personalkosten drei Viertel des Finanzbedarfs ausmachen, seien die Sparmaßnahmen auch auf eine Abfindung dieser Kosten auszuweichen. In der Volksschule sei eine vorübergehende weitere Erhöhung der Frequenzen unvermeidlich. Auch bei den übrigen Schularten sind entsprechende Maßnahmen notwendig: Zusammenlegung gleichartiger Anstalten und Verminderung der bisherigen Schulsysteme, volle Ausnutzung der zulässigen Pflichtschuldenzahl, Herabsetzung der Wochenstundenzahl bei den Schülern, Zusammenlegung von Oberklassen, Fortfall von wahlfreiem Unterricht. Dabei wird besondere Vorbehalte dafür zu treffen sein, daß durch eine Herabsetzung der Altersgrenze trotz solcher Einsparungen die Anstellungsverhältnisse der Junglehrer nicht über Gebühr verschlechtert werden. Mit ganz besonderem Nachdruck muß die Hebersteigerung des Berechtigungswesens bekämpft werden; die in vollem Mißverhältnis zur Wirtschaftslage stehende Ueberfüllung der höheren Schulen mit ihren für alle Beteiligten gleichmäßig nachteiligen Folgen muß zurückgedämmt werden. Eine scharfe Begabtenauslese ist dringendes Gebot. Auch die im letzten Jahrzehnt besonders gepflegte Berufsschule muß für die nächsten Jahre eingeschränkt werden. Selbstverständlich müssen die Zuschüsse aller Schularten, die nur irgend vertretbare Senkung erfahren. Die Zuschüsse für Theater und Orchester müssen herabgemindert werden.

## Die Bauwirtschaft

nimmt einen erheblichen Teil der kommunalen Ausgaben ein. Schon jetzt sind weite Gebiete des gemeindlichen Bauwesens stillgelegt. Ein stärkerer Abbau wird folgen; er betrifft die Unterhaltung im Hoch-, Tief- und Straßenbau. In einem Augenblick der Konzentrierung aller Kräfte auf die Beseitigung des dringlichsten Notstandes können für den Wohnungsbau im bisherigen Ausmaß öffentliche Mittel nicht mehr verantwortet werden. Die Zweckbestimmung bei dem Wohnbauanteil der Haussteuer ist zu befestigen!

## Das Wohlfahrtswesen

kostet fast 40 Proz. des Zuschußbedarfs der Gemeinden. Hauptaufgabe ist und bleibt die Unterstützung der Bedürftigen und der Wohlfahrts-erwerbslosen; um der Aufrechterhaltung dieser Leistungen willen müssen ja gerade die einschneidenden Eingriffe vorgenommen werden. Das gilt auch für die nicht unmittelbar lebensnotwendigen (?) sozialen Leistungen. Die Sonderleistungen einzelner Fürsorgegruppen und verschiedene Sonderleistungen lassen sich nicht mehr aufrechterhalten. Die gehobene Fürsorge wird eingeschränkt werden müssen, die Auswertungsbezüge müssen auf die Fürsorgeunterstützung angerechnet werden, alles Einkommen ist bei der Bemessung der Unterstützung zu berücksichtigen, einmalige Unterstreichungen sind einzuschränken, Anstaltsunterbringung, Arbeitsfürsorge und Notstandsarbeiten werden wesentlich beschränkt werden.

## Auch im Gesundheitswesen könne man ohne entscheidende Eingriffe nicht auskommen.

Die Vorschläge des Städtetages betreffen eine möglichst rationelle Ausnutzung der in der Hand der Gemeinden und privater Organisationen vorhandenen Heilanstalten unter dem Gesichtspunkt erheblicher Ersparnisse — auch bei der Führung des einzelnen Anstaltsbetriebes, ferner einer Einschränkung der offenen Gesundheitsfürsorge und einer möglichst wirtschaftlichen Gestaltung des Badewesens. Leider werde auch die Jugendwohlfahrt in den Gemeinden mit betroffen. Der Städtetag empfiehlt den Städten, soweit nicht schon durchgeführt,

## eine allgemeine Einstellungs- und Beförderungssperre,

sowie im übrigen möglichst Sparfahigkeit in personellen Ausgaben. Die Beamtenhaft wird angesichts der Einschränkungen, die auch auf den übrigen Gebieten unumgänglich sind, hierfür Verständnis haben.

Bastieren aber müssen diese Maßnahmen zugleich auf einer Verwaltungsreform, die sowohl die Organisation der Gemeinden als auch des Reiches und der Länder umfassen soll und die Beziehungen und Zuständigkeiten der drei Gruppen öffentlicher Körperschaften ordnet. Auch die Zeit der Reichsreform sei gekommen.

## Das finanzielle Ergebnis

der vorgeschlagenen Abbaumaßnahmen einschließlich der aus der Notverordnung vom 5. Juni noch möglichen Ersparnisse errechnet der Vorstand des Deutschen Städtetages für den Rest des Haushaltsjahres 1931/32 für alle Gemeinden und Gemeindeverbände auf 250 bis 300 Millionen. Da dieses Ergebnis zur Ausgleichung des Fehlbetrages innerhalb der öffentlichen Verwaltung nicht ausreicht, sind weitere Maßnahmen erforderlich. Hierbei wird es sich vor allem um Maßnahmen des Reiches handeln. Angesichts der wirtschaftlichen Lage und der Tatsache, daß die jetzigen finanziellen Schwierigkeiten durch die übermäßigen Kosten der Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge entstanden sind, hat der Vorstand die Frage eines weiteren Abbaues der Gehälter und Löhne geprüft. Er ist zu dem Ergebnis gekommen, daß den Beamten kein weiteres Sonderopfer zugemutet werden kann, sondern daß alle Gehälter- und Lohnempfänger durch Beiträge die Möglichkeit geben müssen, die erwerbslos gewordenen Volksgenossen in Versicherung und Fürsorge zu erhalten.

Wenn bei Gehältern und Löhnen noch gespart werden solle, müsse mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß das Niveau der Lebenshaltungskosten bedeutend und energig gesenkt wird. Eine Senkung der Preise, die die Gegenstände des täglichen Bedarfs ausmachen, wird in erster Linie die von der öffentlichen Hand beeinflussbaren Posten, die kartellmäßig gebun-

## Die Agrarverschuldung.

### Ostpreußen bleibt der Krisenherd.

Ueber den Stand der Verschuldung der deutschen Landwirtschaft am 1. Juli 1930 veröffentlicht die deutsche Rentenbank-Kreditanstalt in Verbindung mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat Material, das sich aus Angaben von mehr als 3600 Betrieben in ganz Deutschland stützt. Die Auswahl bedingt natürlich gewisse Zufälligkeiten und Einseitigkeiten im Ergebnis, doch wird man sie im allgemeinen als typisch für die ganze Landwirtschaft ansehen dürfen. Was aber mit einigem Bestreben festzustellen ist, ist die Tatsache, daß die Verschuldung in einigen Punkten zu Schlüssen kommen, die in den Zahlen keine hinreichende Begründung finden.

Brauchbare Vergleichsziffern erhält man nur dann, wenn man die Verschuldung in Vergleich zum Werte des Bodens, zu dem für die Besteuerung ermittelten Einheitswert setzt. Die durchschnittliche Verschuldung machte am 1. Juli 1930 in Ostpreußen 73 Proz. des Einheitswertes aus; in Norddeutschland (Pommern, Mecklenburg) erreichte sie 62 Proz., in Rheinland-Südwestdeutschland nur 30 Proz. Die durchschnittliche Verschuldung in Ostdeutschland (östlich der Elbe außer Schleswig-Holstein) beträgt 59 Proz., in Westdeutschland aber nur 35 Proz. des Einheitswertes. Eine Untersuchung nach Betriebsgrößenklassen zeigt, daß in ganz Deutschland die Verschuldung in den kleineren Betrieben relativ geringer als in den größeren Betrieben ist. Dabei ergeben sich große Unterschiede in den verschiedenen Gebieten.

Die Zunahme der Verschuldung in der Zeit vom 1. Juli 1929 bis zum 1. Juli 1930 machte je Hektar in Ostdeutschland 28 Mark, in Westdeutschland 34 Mark aus; bezogen auf den Einheitswert war die Steigerung aber in Ostdeutschland mit 2,6 Prozent des Einheitswertes immer noch erheblich höher als in Westdeutschland mit 2,1 Prozent. Es geht nicht an, aus der absoluten Höhe der Zunahme eine ausgesprochene Verschärfung der Krise in Westdeutschland herauszulesen, wie es die Bearbeiter tun. In Westdeutschland ist eben die höchste Grenze der Verschuldung im Vergleich zu Ostdeutschland noch nicht erreicht; außerdem fehlt zu solchem Schluß jede Untersuchung des Verwendungszweckes der neu aufgenommenen Kredite.

Sehr wichtig ist die Frage, wie hoch die Zinsen im Verhältnis zum Werte des Bodens sind. Es zeigt sich, daß die Belastung durch Zinszahlungen, gemessen in Prozenten des Einheitswertes, ansteigt mit zunehmender Betriebsgröße. Wie es nach der Höhe der Verschuldung nicht anders sein kann, ist die durchschnittliche Belastung in Ostdeutschland mit 4,4 Prozent des Einheitswertes bedeutend höher als in Westdeutschland mit

2,6 Prozent; den höchsten Zinsendienst hat Ostpreußen mit 3,4 den niedrigsten haben Mitteldeutschland und Rheinland-Südwestdeutschland mit 2,5 Prozent des Einheitswertes aufzuweisen.

Eine Feststellung der an sich dankenswerten Untersuchung aber muß allererstem Zweifel begegnen. Es wird gesagt, daß unter 100 Großbetrieben in Ostdeutschland im Jahre 1924/1925 nur 21, im Jahre 1929/1930 aber 25 Betriebe die Zinsen aus dem Reinertrag zahlen konnten; dieser Besserung in Ostdeutschland steht eine Verschlechterung in Westdeutschland gegenüber: von 100 Großbetrieben sollen 1924/1925 41, aber 1929/1930 nur 29 Betriebe die Zinsen aus dem Reinertrag bezahlt haben. Diese Feststellung widerspricht allen vorhergehenden Angaben; hier sind die Bearbeiter vermutlich ein Opfer ihrer repräsentativen Methode (in diesem Falle sind sogar nur 1000 Betriebe ausgewählt und untersucht worden) geworden. Hieraus den Schluß zu ziehen, daß keine Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland mehr beständen, daß die Lage jetzt überall gleich schlecht sei, ist absolut unzulässig.

Die Gemeinden, die mit diesen Maßnahmen im Wege der Selbsthilfe an die Grenze dessen herangehen, das von ihrer Bevölkerung getragen werden kann, erheben die dringendste Forderung auf Hilfe des Reiches und der Länder, die den notleidenden Banken und der Privatwirtschaft nicht versagt worden ist. Reich und Länder müssen sich weiter an den Kosten der langfristigen Arbeitslosigkeit, die ungerechterweise allein den Gemeinden aufgebürdet sind, beteiligen. Reich und Länder müssen im Wege eines gleich rigorosen Abbaus ihrer Haushalte die Möglichkeit und Wege finden, sich an den auch nach den bisherigen Vorschlägen noch nicht gedeckten Kosten der Arbeitslosenhilfe zu beteiligen. Die Städte haben einen dringlichen Appell an die Regierungen des Reiches und der Länder gerichtet, ihnen durch sorgfältige Maßnahmen und entsprechende Besetze und Verordnungen den Weg zur Sanierung des Gemeindehaushaltes zu ermöglichen. Dazu gehören insbesondere gewisse Hilfsmaßnahmen für die Uebergangszeit bis zur praktischen Durchführung der Abbaumaßnahmen. Eine alsbaldige Reichshilfe von 80 bis 100 Millionen ist erforderlich, um für den laufenden Monat die notwendigen Zahlungen, insbesondere die Unterstützungen, für die nächsten Wochen sicherzustellen. Weiteste Kreise des Handels und des Handwerkes sind auf die pünktlichen Zahlungen der Stadtverwaltungen angewiesen.

Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang die Behandlung der kurzfristigen Kredite der Gemeinden. Die bereits 1929 eingeleitete Umschuldungsaktion des Städtetages hatte ausgezeichnete Erfolge erzielt. Angesichts der internationalen Verhandlungen, die auf ein Stillehalten der deutschen Wirtschaft abzielen, muß das Verlangen auf entsprechende Behandlung der kurzfristigen Kommunalkredite gefordert werden.

Der Vorstand des Städtetages ist sich darüber klar, daß diese Maßnahmen eine ungeheure Belastung der Bevölkerung bedeuten und auf die Dauer gesehen schwerste Schädigungen auslösen.

Wir sind der Meinung, daß die Vorschläge des Städtetages weit über das Erträgliche hinausgehen. Der Wille der Städte, durch Verzweigungsmaßnahmen sich selbst zu helfen, ist anzuerkennen. Aber die Lage ist heute so, daß die Städte die ihnen vom Reich zugemutete Selbsthilfe gar nicht mehr durchführen können. Heute herrscht im Reich die Bürokratie, hinter der Bürokratie stehen nur die privatkapitalistischen Interessenten. Während diese durch Hunderte von Millionen von der Reichsbürokratie sich ionieren lassen, zwingt man die Städte zu einer Verzweigungsaktion, die sich nur aus einer ausgeprägten finanziellen Aushungerung erklärt. Folgen dem die Städte mit der Bereitwilligkeit, wie sie das Sanierungsprogramm versucht, dann gibt es kein Ende mehr für den Abbau der öffentlichen Aufgaben. Es ist Zeit, daß die Bürokratie des Reiches und daß die hinter ihr stehenden privatkapitalistischen Interessenten zu der Erkenntnis gezwungen werden, daß sie ein höchst gefährliches Spiel treiben, das sich weder die Städte noch die Öffentlichkeit weiter gefallen lassen dürfen. Für die Sicherheit im Reich zu sorgen, ist Sache des Reiches. Dazu gehört auch eine Finanzpolitik, die nicht mit den finanziellen Lebensgrundlagen der Kommunen Vabanque spielt.

Die Reichshilfe für die Bremer Ketten wird immer unfaßlicher. Jetzt erfährt man, daß auch die Deschimag (Deutsche Schiff- und Maschinenbau-A.G.), die von der Schroeder-Bank beherrscht und von ihr mit Krediten versorgt wurde, nur noch mit Hilfe von Reichsmitteln Löhne und Gehälter zahlen kann. Die Deschimag hat dem Reichsfinanzministerium eine Forderung gegen die Reichsmarine in Höhe von 417 000 M. gestellt und dafür einen Kredit von 370 000 M. erhalten.

Das weitere Schicksal der Deschimag und damit der 1700 Arbeiter bei der W. Meyer und der 800 Arbeiter des Werkes Seebeck ist ungewiß. Von der Marine hat die Deschimag einen Auftrag von 1,5 Millionen Mark erhalten; man hofft auf neue Aufträge. Wahrscheinlich aber ist eine frühere oder spätere Fusion mit dem Thyssen-Konzern beherrschten Bremer Vulkan-Werf.

Die Reichsgelder auch für die Schroeder-Werf.

Die Reichshilfe für die Bremer Ketten wird immer unfaßlicher. Jetzt erfährt man, daß auch die Deschimag (Deutsche Schiff- und Maschinenbau-A.G.), die von der Schroeder-Bank beherrscht und von ihr mit Krediten versorgt wurde, nur noch mit Hilfe von Reichsmitteln Löhne und Gehälter zahlen kann. Die Deschimag hat dem Reichsfinanzministerium eine Forderung gegen die Reichsmarine in Höhe von 417 000 M. gestellt und dafür einen Kredit von 370 000 M. erhalten.

Das weitere Schicksal der Deschimag und damit der 1700 Arbeiter bei der W. Meyer und der 800 Arbeiter des Werkes Seebeck ist ungewiß. Von der Marine hat die Deschimag einen Auftrag von 1,5 Millionen Mark erhalten; man hofft auf neue Aufträge. Wahrscheinlich aber ist eine frühere oder spätere Fusion mit dem Thyssen-Konzern beherrschten Bremer Vulkan-Werf.

Die Reichsgelder auch für die Schroeder-Werf.

Die Reichshilfe für die Bremer Ketten wird immer unfaßlicher. Jetzt erfährt man, daß auch die Deschimag (Deutsche Schiff- und Maschinenbau-A.G.), die von der Schroeder-Bank beherrscht und von ihr mit Krediten versorgt wurde, nur noch mit Hilfe von Reichsmitteln Löhne und Gehälter zahlen kann. Die Deschimag hat dem Reichsfinanzministerium eine Forderung gegen die Reichsmarine in Höhe von 417 000 M. gestellt und dafür einen Kredit von 370 000 M. erhalten.

Das weitere Schicksal der Deschimag und damit der 1700 Arbeiter bei der W. Meyer und der 800 Arbeiter des Werkes Seebeck ist ungewiß. Von der Marine hat die Deschimag einen Auftrag von 1,5 Millionen Mark erhalten; man hofft auf neue Aufträge. Wahrscheinlich aber ist eine frühere oder spätere Fusion mit dem Thyssen-Konzern beherrschten Bremer Vulkan-Werf.

Die Reichsgelder auch für die Schroeder-Werf.

Die Reichshilfe für die Bremer Ketten wird immer unfaßlicher. Jetzt erfährt man, daß auch die Deschimag (Deutsche Schiff- und Maschinenbau-A.G.), die von der Schroeder-Bank beherrscht und von ihr mit Krediten versorgt wurde, nur noch mit Hilfe von Reichsmitteln Löhne und Gehälter zahlen kann. Die Deschimag hat dem Reichsfinanzministerium eine Forderung gegen die Reichsmarine in Höhe von 417 000 M. gestellt und dafür einen Kredit von 370 000 M. erhalten.



# Gefahr im Verzug!

Die Reichsregierung muß sich endlich entscheiden.

Es ist grotesk und beschämend, heute, nach einer nurmehr bald zwei Jahre dauernden akuten Wirtschaftskrise nochmals die Binsenwahrheit aussprechen zu müssen, daß die zu niedrigen Löhne die Wurzel der Krise sind. Entgegen allen Erfahrungen, den handgreiflichsten Tatsachen ins Gesicht schlagend, hat die Reichsregierung vor mehr als Jahresfrist ihre Politik des Lohn- und Preisabbaus inaugurirt. Der Erfolg ist bekannt.

Der wirtschaftliche Trümmerhaufen scheint aber noch nicht groß genug. Und so hat man in die Notverordnung vom 5. Juni Bestimmungen hineingearbeitet, die zwangsläufig zu einer riesigen Lohnabbauwelle führen müssen. Da die Arbeiterschaft einen nochmaligen Lohnabbau nicht ertragen kann, im Interesse der Gesamtwirtschaft auch nicht ertragen darf, muß es zu den schwersten Wirtschaftskämpfen kommen.

Ist es noch notwendig zu sagen, daß derartige Kämpfe nicht auf das wirtschaftliche Gebiet begrenzt werden können?

Die Wirtschaftskrise ist keine spezifisch deutsche Erscheinung. Sie hat die gesamte kapitalistische Kulturwelt erfasst. Aber eine spezifisch deutsche Erscheinung ist es, daß die Regierung zur Heilung der Krise den Lohnabbau nicht nur empfiehlt, sondern ihn zwingend vorschreibt. In dem Lande, das unseren Unternehmern als Musterland der Rationalisierung und der kapitalistischen Wirtschaft gilt, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, haben alle Regierungsglieder, vom Präsidenten Hoover abwärts, sich stets mit aller Energie gegen den Lohnabbau gewandt und erklärt, daß man der Wirtschaftskrise nur durch eine Steigerung der Kaufkraft beikommen könne.

Die deutschen Unternehmer haben ihre Produktionsanlagen ungeheuer ausgebaut, sie haben auf Pump die modernsten Fabrikanlagen errichtet und versucht — und sie versuchen es noch —, ihren Verpflichtungen durch den Abbau der Löhne und Gehälter nachzukommen. Sie können und wollen nicht begreifen, daß sie mit einer derartigen Politik den Akt abgeben, auf dem sie sitzen. Die Folge dieser Politik war die Schrumpfung unserer Wirtschaftstätigkeit, die zu den bekannten Zusammenbrüchen geführt hat.

Nachpolitisch kann man durchaus verstehen, wenn die Unternehmer als Klasse den Versuch machen, die Lasten der Wirtschaftskrise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Wirtschaftspolitisch bedeutet ein derartiger Versuch jedoch Selbstmord.

Statt diesen Bestrebungen entgegenzuarbeiten, die uns wirtschaftlich und politisch in eine unhaltbare Situation gebracht haben, fördert die Reichsregierung diese Bestrebungen. Wohl hat der Reichsarbeitsminister erklärt, er werde eine zweite Lohnabbauwelle nicht mitmachen. Was die Reichsregierung aber mit ihrer Notverordnung gegen die Gemeindegewerkschaft unternimmt, steht im schroffsten Widerspruch zu dieser Erklärung des Reichsarbeitsministers.

Wohl hat die Reichsregierung feinerzeit erklärt, daß die Notverordnung in diesem und in anderen Punkten korrigiert werden

würde, wohl verhandelt man darüber. Diese Verhandlungen aber werden sabotiert, wenn man gleichzeitig den Gemeinden aufgibt, die Löhne der Gemeindegewerkschaft mit sofortiger Wirkung herabzusetzen, ohne das Ergebnis dieser Verhandlungen abzuwarten.

Die Reichsregierung muß sich entscheiden! Hat sie ernsthaft die Absicht, die unerträglichen Bestimmungen der Notverordnung abzuändern, dann muß sie den Gemeinden aufgeben, mit der Neuregelung der Löhne bis zur notwendigen Korrektur der Notverordnung vom 5. Juni zu warten. Wenn sie das nicht tut, dann gibt sie damit klar zu erkennen, daß sie das Versprechen der Abänderung der Notverordnung nicht halten will.

Eine Abänderung der Notverordnung, nachdem das Tarifrecht der Gemeindegewerkschaft beseitigt ist und die Löhne diktatorisch herabgesetzt worden sind, wäre ein wertloses Stück Papier und müßte als eine direkte Verhöhnung empfunden werden. Es ist notwendig, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Die Gefahr ist zu groß und zu unmittelbar.

Die Reichsregierung muß sich endlich darüber klar sein, daß eine Sanierung der öffentlichen Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter nicht möglich ist. Diese Unmöglichkeit ist eine zweifache: wirtschaftlich und politisch. Wirtschaftlich leiden wir an einer völlig ungenügenden Kaufkraft der großen Käufermassen. Ein weiterer Abbau dieser Kaufkraft muß zu ungeheuren wirtschaftlichen Zusammenbrüchen führen. Politisch leiden wir an der Verzweiflungsstimmung, die sich der großen Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten bemächtigt hat. Dagegen helfen nicht Rundfunkreden, dagegen sind auf die Dauer alle Machtmittel des Staates unzulänglich.

Der ungeheure Druck, der seit Tage und Tag auf die Existenzbedingungen der großen Masse ausgeübt wird, muß endlich aufgehört. Nur so können wir politisch und wirtschaftlich wieder zu ausgeglichenen Verhältnissen kommen.

## „Kulturträger.“

Die hohe Bürokratie demastriert sich.

Die „Deutsche Technikzeitung“, das Organ des freigewerkschaftlichen Bundes der Technischen Angestellten und Beamten, veröffentlicht in seiner neuesten Nummer ein Rundschreiben des Reichsbundes der höheren Beamten über eine vertrauliche Aussprache zwischen dem Reichsbund und dem Reichsverband der deutschen Industrie, aus der die große Masse der Beamenschaft erkennen kann, was die hohe Bürokratie und das Schwertkapital für sie übrig haben.

Von den Vertretern des Reichsbundes wurde in der Besprechung ausgeführt, daß die höhere Beamenschaft vor allem folgende Fragen beschäftigt: Erhaltung des Berufsprestigiums, ordnungsmäßige akademische Vorbildung gegenüber der Tendenz, unvorzubereitete Personen auf Grund ihrer Parteizugehörigkeit in leitende Stellungen zu bringen (Parteibuchbeamten) und die Aufrechterhaltung eines angemessenen Unterschiedes

zwischen der Stellung der höheren Beamten einerseits und den mittleren und unteren Beamten auf der anderen Seite auch in bezug auf die Bezahlung.

Die Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie erwiderten auf diese Forderungen, daß sie volles Verständnis für den Standpunkt der höheren Beamten hätten. Die höheren Beamten — darin stimmten sie dem Reichsbund durchaus zu — müßten unbedingt eine ihrer Stellung entsprechende Bezahlung erhalten, die in ausreichendem Maße ihrer Vorbildung Rechnung trage, Abstand von den Gehältern der mittleren und unteren Beamten habe und nicht nur die Unabhängigkeit und Integrität der höheren Beamten sicherstelle, sondern es ihnen auch ermögliche, ihre Stellung als Kulturträger aufrechtzuerhalten.

Die unteren und mittleren Beamten können hier mit voller Deutlichkeit erkennen, daß sie von der hohen Bürokratie wirklich nichts zu erhoffen haben. Wenn sie ihre Existenz retten wollen, dann nur durch die Hilfe einer geschlossenen einheitlichen Arbeiterfront. Für die Führung des Arbeitgebertums ist die große Masse der Beamenschaft nicht Kulturträger und also auch nicht berechtigt, mehr zu beziehen als ein Gehalt, das gerade zur Stillung des Hungers ausreicht.

## Mißstände in Sowjetrußland.

Ueberarbeit und ungenügende Ernährung.

Der Rückgang der Kohlenförderung im Bergwerksgebiet des Donezbeckens macht der Sowjetregierung große Sorgen. Sie versucht, im Lande Arbeitskräfte für das Revier zu bekommen, um die durch Abwanderung von Arbeitern entstandenen Lücken auszufüllen. Die Abwanderung ist eine Folge der schlechten Lebensverhältnisse.

Weshalb liegen die Dinge in den großen Metallwerken und in der Traktorenfabrik in Stalingrad. Ueberall bestehen große Schwierigkeiten, die qualifizierten Arbeitskräfte an die einzelnen Betriebe zu fesseln. Die Folge der ständig neu entstehenden Lücken in den Belegschaften ist eine starke Ueberforderung der Arbeitszeit. Viele Betriebe legen sogar Nachtarbeit ein, ja in Wladiwostok sollen ganze Belegschaften zwei Schichten hintereinander durchgearbeitet haben.

Die Behörden und die Gewerkschaften drücken beide Augen zu. Die Arbeiterschaft fordert jedoch mit aller Entschiedenheit, daß die immer häufiger auftretenden schweren Verletzungen der wichtigsten Arbeitsgesetze endlich abgestellt werden. Die Regierung redet sich in ihren Entschuldigungsversuchen auf die Genossenschaften hinaus. In Moskau hat man daher eine große Reinigung und eine Umorganisation der Konsumgenossenschaften angekündigt. (Natürlich ist nicht die Politik der herrschenden Clique schuld, sondern die armen Teufel, die diese Politik ausführen sollen.)

## Die Arbeitslosigkeit der Buchbinder.

Rückblick auf das zweite Quartal.

Ueber eine so trostlose Lage im Berliner Buchbindergewerbe ist noch niemals berichtet worden wie am Donnerstagabend in der Monatsgeneralversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papiererarbeiter durch den Bevollmächtigten Genossen Imhof. Während im ersten Quartal die Zahl der arbeitslosen Berufsangehörigen in Berlin um rund 400 gegen Ende Januar zurückgegangen war, ist die Arbeitslosigkeit im zweiten Quartal wieder von insgesamt 5132 Frauen und Männern auf 5705 bis zum Schluß des

# Im Saison-Ausverkauf selbsterständlich auch große Mengen enorm billiger

Beginn am 1. August

# WIRTSCHAFTSARTIKEL

## Porzellan

Teller flach oder flach, weiß	Stück jetzt	0 25
Abendbrotteller weiß	Stück jetzt	0 20
Tassen mit Untertassen Goldrand	Stück jetzt	0 22
Tassen mit Untertassen bunte Dekore	Stück jetzt	0 25
Kaffeervice für 6 Personen Blimmedekore	jetzt	2 95
Tafelervice für 6 Personen Streublumen	jetzt	13 50
Küchengeräte 25 teilig verschiedene Dekore	jetzt	9 50

## Kaffee- u. Tafelgeschirre

Kobaltblaues Band		
Teller flach oder flach	Stück jetzt	0 50
Abendbrotteller	jetzt	0 35
Kartoffelschüssel mit Deckel	Stück jetzt	4 50
Suppenterrinen	jetzt	6 95
Kaffeekannen	jetzt 2,46	1 75
Tassen mit Untertassen	Stück jetzt	0 50
Milchtöpfe oder Zuckerdosen	Stück jetzt	0 50

## Glaswaren

Bierbecher geschliffen	Stück jetzt	0 15
Weinrömer auf grünem Fuß	Stück jetzt	0 18
Käseglocken geschliffen	Stück jetzt	0 95
Butterglocken geschliffen	Stück jetzt	0 95
Kompottschalen geschliffen	1.05 1.75 1.95	0 95
Bierkrüge mit Goldrand	Stück jetzt	0 95
Kompotteller geschliffen, 14 cm	Stück jetzt	0 50

## 1a Bleikristalle

nur handgeschliffen		
Kompottschale zirka 16 cm	Stück jetzt nur	2 95
Löffelbecher Sonnenschiff, 12 cm hoch	Stück jetzt nur	0 95
Kompotteller Sonnenschiff, zirka 14 cm	Stück jetzt nur	0 95
Traubenspüler Sonnen- oder Blumenschiff	Stück jetzt nur	3 95
Blumenvasen auf Fuß, reicher Schiff, 22 cm hoch	Stück jetzt nur	2 95
Bonbonieren reich geschliffen	Stück jetzt nur	1 95
Weinkaraffen 1/2 Liter, mit Henkel	Stück jetzt	6 75

## Emaillewaren

Wassereimer 28 cm, weiß	Stück jetzt	0 95
Mülleimer weiß, 30 cm	Stück jetzt	1 95
Waschbecken Porzellanform, 40 cm	Stück jetzt	1 45
Schmortöpfe ohne Ring	Stück jetzt 0.76 0.80	0 45
Schmortöpfe mit Ring	Stück jetzt 1.46 0.95	0 85
Kaffeekannen weiß	Stück jetzt 0.60	0 35
Kehrschaufel weiß, mit kleinen Fählern	Stück jetzt	0 25

## Rein Aluminium

Schmortöpfe ohne Ring	Stück jetzt 0.95	0 45
Wasserkessel	jetzt 2.75	2 45
Milchkocher 1 1/2 Liter	Stück jetzt	0 95
Sand-Seife-Sodagarnituren	jetzt	1 95
Milchkannen 1 1/2 Liter	Stück jetzt	0 95
Wäschesprenger	jetzt	0 25
Topflappen-, Zwiebelbehälter	jetzt	0 95

## Wirtschaftsartikel

Fruchtpressen fl. verzinkt	Stück jetzt	7 50
Fleischhackmaschinen fl. verzinkt	Stück jetzt	2 95
Tafelmesser rostfrei, und Edgel verchromt	Paar jetzt	0 95
Bohnschneidemaschinen mit 2 Messern, „Harras“	Stück jetzt	0 95
Tortenheber zum Ausschneiden	Stück jetzt	0 25
Butter- oder Käsemesser zum Ausschneiden	Stück jetzt	0 25
Speiseschränke weiß lackiert, verschließbar	Stück jetzt	4 95

## Holz- und Bürstenwaren

Teppichkehrmaschinen	jetzt	6 95
Plättbretter mit gutem Bezug	Stück jetzt	1 95
Wäscheleinen 25 Meter	Stück jetzt	0 95
Kleiderbürsten	jetzt 0.78	0 38
Schuhbürsten	jetzt 0.85	0 45
Schuhputzgarnitur 3-teilig	Stück jetzt	0 45
Handtuchhalter vernickelt, mit 2 Glasstangen	jetzt	0 95

Ein großer Posten gepreßte Glasschüsseln Kuchenteller und Kompotteller enorm billig

Ein großer Posten Emaillewaren enorm billig

**H. Joseph & Co.**  
Neukölln Berlinerstr. 51-55

Eisschränke im Preise bedeutend herabgesetzt

Speiseschränke im Preise bedeutend herabgesetzt



Quartals gestiegen. Arbeitslose Verbandmitglieder wurden am Schluß des 2. Quartals 1928 in Berlin gezählt, also rund ein Drittel der gesamten Mitgliedschaft der Berliner Ortsverwaltung. Hierzu kamen am Schluß des Berichtsquartals noch mehr als 2000 Kurzarbeiter. Etwa 40 bis 45 Buchbinderebetriebe sind während der Berichtszeit entweder teilweise oder gänzlich stillgelegt worden.

In den Lohn- und Arbeitsbedingungen ist im 2. Quartal im allgemeinen nichts geändert worden. Genosse Imhof ging bei seinem Bericht über die Lohn- und Tarifbewegungen im 2. Quartal besonders auf einen sechs wöchigen Abwehrstreik in der Briefumschlagfabrik von Schneidewind ein und die Rolle, die die KPD-Anhänger in diesem Kampf gespielt haben. Unter den Streikbrechern, die sich der Firma zur Verfügung stellten, war eine nicht unerhebliche Zahl von KPD-Leuten. Trotz dieses „revolutionären“ Heldentums konnte der Kampf infolge der musterghilligen Disziplin der freigewerkschaftlich organisierten Streikenden doch noch mit einem annehmbaren Erfolg beendet werden.

Die schlechte Konjunktur wirkte sich naturgemäß auch in einer starken Inanspruchnahme der Rechtsjuristischen Abteilung aus, mit deren Hilfe im Berichtsquartal mehr als 10000 M. erstritten wurden. Der Mitgliederbestand ist mit rund 11000 Mitgliedern stabil geblieben.

Der Kassenericht des Genossen Bytomski war gleichfalls nicht rosig. Die starke finanzielle Belastung der Organisation durch die Unterstützung der Arbeitslosen in Verbindung mit der geringen Beitragseinnahme infolge der Arbeitslosigkeit hatte einen Rückgang des Lohnkassenbestandes um rund 12000 M. auf 46266 M. zur Folge. Außerdem war ein Zuschuß aus der Hauptkasse von 40000 Mark notwendig.

Auf eine längere Debatte über den Geschäftsbericht verzichtete die Versammlung. Ein Antrag der Arbeitslosen, den ausgefeuerten erwerbslosen Mitgliedern zu Weihnachten wieder eine Sonderunterstützung zu gewähren, wozu die Mittel durch Extrabeiträge ausgedacht werden sollen, wurde fast einstimmig angenommen. Ebenso auch ein Deckungsantrag der Ortsverwaltung, der die Höhe der Extrabeiträge je nach der Höhe des Wochenverdienstes festsetzt.

### Unternehmermentalität.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung zur Verminderung der Arbeitslosigkeit gehen auch die heftigen Ziegeleibesiger mit — schlechtem Beispiel voran. Sie haben nur ein Ideal: Freiheit von jeder tariflichen Bindung, um in Arbeitsfragen nach Gutdünken schalten und walten zu können. Rein Wunder, wenn die Verhandlungen über einen Neubeschluß des Manteltarifs gescheitert sind. Bei den Verhandlungen spielte

naturgemäß die Arbeitszeitverkürzung die Hauptrolle. Auf die Forderung der Gewerkschaften, die vierzigstündige Woche einzuführen, erklärte der Syndikus des Unternehmervereins wörtlich: Wir werden bei vierzigstündiger Arbeitszeit keinen Mann mehr einstellen.

Es ist nicht das erstmal, daß eine solche Erklärung von einem Syndikus abgegeben worden ist. Vielfach stimmen die Ablehnungen im Wortlaut fast völlig überein. Allem Anschein nach ist von den Spitzenverbänden der Unternehmer bereits die Parole ausgegeben worden, die volkswirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch so überaus bedeutsame Arbeitszeitverkürzung unmöglich zu machen. Hat es einen Zweck, Leute zu warnen, die sich partout umbringen wollen?

### Die KPD. rüftet.

Natürlich gegen die Gewerkschaften.

Mit dem kommunistischen sogenannten Einheitsverband der Bergarbeiter geht es rapid bergab. Ein Teil seiner Anhänger hat, wie der Bergbauindustriearbeiterverband mitteilt, schon wieder seinen Austritt erklärt. Das Verbandsorgan der kommunistischen Organisation kann nicht mehr herausgegeben werden, weil die Schulden beim Verlag zu groß geworden sind. Jetzt will die KPD „Betriebswehren“ bilden. Der „Kampfbund gegen den Faschismus“ soll die Betriebe „mobilisieren“ und „streikfrei“ machen. — Also neuer Unfug, der Zeit, Arbeitergroßen und sogar Arbeiterblut kostet.

### Berufskrank, aber nicht entschädigt.

Nach vier Jahren abgewiesen. — Jus geht vor Recht.

Eine Krankenschwester hatte sich im Oktober 1927 durch eine Handwunde mit Syphilis infiziert. Der Fall erregte seinerzeit sehr viel Aufsehen, weil die Infektion nur durch die Außerachtlassung sämtlicher Gefahrenschutzvorschriften durch das Mutterhaus möglich war und weil die ärztliche Behandlung durch Richterkenntnis der Krankheit fahrlässigerweise erst im April 1928 einsetzte, als es zu wirklicher Heilung bereits viel zu spät war.

Nach langwierigen arbeitsrechtlichen Streitigkeiten verpflichtete sich der zuständige Arbeitgeber, die Krankheit als Berufskrankheit der Unfallgenossenschaft zu melden, und im Hinblick auf eine wahrscheinliche Rente durch die Berufsgenossenschaft wurde damals ein Vergleich vor dem Arbeitsgericht abgeschlossen.

Eine Rente wird jedoch die Schwester nach dem Befehl über Entschädigung bei Berufskrankheiten nicht beziehen können. Sie ist

jetzt endgültig vom Spruchsenat für Berufskrankheiten beim Reichsversicherungsamt abgewiesen worden, und zwar mit folgender Begründung:

„Die Infektionskrankheit, die sich die Klägerin bei ihrer beruflichen Beschäftigung im Krankenhaus zugezogen hat, ist bereits im Oktober 1927 erkennbar hervorgetreten. Die Klägerin hat sich daher die Erkrankung schon zu einem Zeitpunkt zugezogen, wo der Betrieb der Krankenhäuser überhaupt noch nicht dem Schutze der Unfallversicherung unterstellt war. Denn diese Betriebe sind erst mit Wirkung vom 1. Juli 1928 an der Unfallversicherung unterstellt worden. Vor diesem Zeitpunkt ermorben Berufskrankheiten, die durch die Beschäftigung im Betriebe verursacht sind, können daher nicht entschädigt werden. Demgemäß kann auch die Rückwirkungsvorschrift des § 12 der 2. Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten nur insofern Bedeutung haben, als es sich um eine nach dem 30. Juni 1928 liegende berufliche Beschäftigung handelt. Eine berufliche Beschäftigung nach dem 30. Juni 1928 ist aber nach den eigenen Angaben der Klägerin nicht die Ursache ihrer Erkrankung gewesen. Dies ist auch aus dem Grunde unmöglich, weil die Erkrankung bereits im Oktober 1927 begonnen hat. Da der Befragte hiernach nicht entschädigungspflichtig ist, war das Rechtsmittel zurückzuweisen.“

Die Auslegungen der gesetzlichen Vorschriften durch den Spruchsenat mögen formal-juristisch einwandfrei sein. Ob der Befragte aber gemollt hat, daß alle diejenigen, die das Recht haben, sich vor dem 1. Juli 1928 zu infizieren, von einer Entschädigung ausgeschlossen werden und nun ihrem fürchtbaren Schicksal überlassen bleiben, scheint mehr als fraglich.

### Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 19½ Uhr lagen die Gruppen: **Wilmersdorf:** Gruppenheim Wilmersdorf, Bismarckstr. 1. „Wüssen die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein?“ — **Kreuzberg:** Jugendheim Schule Sonnenburger Str. 23. „Der Hoover-Plan.“ — **Reinholdsdorf-Ost:** Jugendheim Lindauer Straße (Sachsen). „Kritik an den Sozialdemokraten.“ — **Südend:** Jugendheim Wilmersdorfstr. 2. „Gemeinschaftsleben in der Gruppe.“ — **Charlottenburg:** Jugendheim Spreestr. 20. „Ein Tag Gefängnis.“ — **Reppelplatz:** Jugendheim Turnerstr. 42. „Keine Gräueltate als Betriebsrat.“ — **Spandau-Bühnenstrasse:** Jugendheim Sportplatz Seeburger Straße. „Das Betriebsratsgesetz.“ — **Wilmersdorf:** Jugendheim Sportplatz Seeburger Straße. „Die gewerkschaftliche Wirtschaft.“ — **Hermsdorf:** Jugendheim Sanderstr. 11. „Die Selbstkritik.“ — **Freiwerkstrasse:** Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Jugendheim Engelstr. 24-26. „Aufgang B. part.“. „Den Vorhang auf“ (brauchen wir ein politisches Zeitheft?).

### Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Brutt, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Koschke:** Jugendheim Borchgräberstr. 19. Vortrag: „Wie wieder Krieg?“, Referent: Bernheim. — **Schwefel:** Jugendheim Borchgräberstr. 11 (2. Hof, Durchgänge 1. Trepp). Zimmer 51. Vortragsabend. — **Berliner Druckerei- und Verlagsanstalt:** m. d. B. Geschäftsstunden von 20-22 Uhr im Jugendheim Borchgräberstr. 11. — **Spiele im Freien:** ab 18 Uhr auf dem Sportplatz „Einmal um Berlin“ (Koschke). Sportplatz Bankow, Riffingenstraße, und Volkspark Neukölln, kleine Spielwiese (an der Reibbahn).

Molkereibutter  
Pfd. 1.24

Neue Matjesheringe  
3 Stck. 0.28

**Heute gut billig!**  
billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag und Sonnabend. — Mengenabgabe vorbehalten. Verkauf soweit Vorrat. — Fleisch und leichtverderbliche Waren sind vom Versand ausgeschlossen. — Die Zusendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung von 5,00 Mark an.

Schweinskopfsülze  
nach Prager Art  
Pfd. 0.78

Fetter Speck  
Pfd. 0.80

Junge Gänse  
Pfd. von 0.88

Suppenhühner  
frisch. Pfd. v. 0.95

Enten  
Pfd. von 0.98

**HÜHNER 0.92**  
gefroren.....Pfd. von

Junge Tauben  
Stück von 0.65

Hirschbraten  
Pfd. v. 0.95

Hirschblätter  
Pfd. 0.70

**Wurstwaren**  
Nürnbg. Rot-od. Leberw. Zervelat oder Salami Pfd. 1,35  
Dose ca. 400 g. .... 2 Dosen 0,85 ff. Teewurst ..... Pfd. 1,40  
Nürnbg. Bratwürstel Dose 0,85 Filetwurst ..... Pfd. 1,45  
Gekocht. Schinken ¼ Pfd. 0,40 Zervelat im Fettdarm... Pfd. 1,55  
Hausm.-Leberwurst Pfd. 0,85 Schinkenspeck ..... Pfd. 1,52  
Dampfwurst ..... Pfd. 0,88 Nußschinken ..... Pfd. 1,60  
Mettwurst Bismarck Art. Pfd. 0,98 ff. Leberwurst ..... Pfd. 1,20  
Magerer Speck ..... Pfd. 0,98

**Fische und Räucherwaren**  
\*Seelachs gr., s. Kopf, 1 g., Pfd. v. 0,14 Bücklinge ..... Pfd. von 0,26  
\*Rothbars im Ganzen ..... Pfd. 0,18 Makrelen geräuchert... Pfd. 0,32  
\*Kabeljau gr., s. Kopf, 1 g., Pfd. v. 0,20 Schellfisch geräuchert... Pfd. 0,32  
\*Island-Schellfisch s. L. Pfd. 0,20 Seelachs geräuchert... Pfd. 0,38  
\*Kabeljaufilet ..... Pfd. 0,26 Stückenlundern ..... Pfd. 0,48  
\*Grüne Heringe ..... 3 Pfd. 0,42 Portug. Oelsardinen  
3 Port.-Dose, 0,95 3 Dosen... 0,88

**Obst und Gemüse**  
Tomaten ..... Pfd. 0,10 Möhren gewaschen ..... Pfd. 0,05  
Kochbimben ..... Pfd. 0,10 Rotkohl, Weiss- od. Wirsingkohl, Pfd. 0,06  
Zitronenbimben ..... 2 Pfd. 0,25 Schmorgurken ..... 4 Pfd. 0,15  
Williams-Bimben ..... Pfd. 0,24 Senfgurken ..... 3 Pfd. 0,20  
Strudeläpfel ..... Pfd. 0,20 Blumenkohl ..... Kopf von 0,15  
Blaue Pflaumen ..... 3 Pfd. 0,40 Stangenbohnen ..... Pfd. 0,16  
Pflirsche ..... Pfd. von 0,26 Pfefferlinge ..... Pfd. 0,36  
Bananen ..... 3 Pfd. 0,88 Neue Kartoffeln ..... 10 Pfd. 0,30

Rehrücken 1.55  
Pfd. von

Rehblätter 0.95  
Pfd.

Rehkeule 1.55  
Pfd. von

Wild- 0.28  
Nachfleisch..... Pfd.

**Frisches Fleisch**  
Kalbskamm o. Beilg., Pfd. v. 0,68 Gehacktes ..... Pfd. 0,72  
Kalbsbrust s. Beck., s. L. Pfd. v. 0,82 Hammel-Vorderfleisch, Pfd. v. 0,98  
Kalbskeule bis 9 Pfund schwer, ganz od. geteilt, Pfd. v. 0,94 Schweinebauch o. Blg. Pfd. 0,78  
Kalbsroulade gerollt, Pfd. v. 1,38 Schweineschinken  
oder Blatt ..... Pfd. 0,88  
Kalbskotelett ..... Pfd. von 1,38 Kassler mild ..... Pfd. von 1,14  
Kalbschnitzel .. Pfd. von 1,88 Schweinekamm  
und Scheitl, ohne Beilage... Pfd. 1,18  
Suppenfleisch ..... Pfd. v. 0,70 Schweineköpfe m. Hals, Pfd. 0,38  
Goulasch ..... Pfd. 0,98 Eisbein m. Spitzbela, gep., Pfd. 0,54  
Schmorfleisch ..... Pfd. 0,98 Rücken fett bratfertig, Pfd. 0,68  
Keule, ohne Knochen, Pfund v. 1,24 Schweinenieren..... Pfd. 0,78  
Rouladen ..... Pfd. 1,34 Schweineleber ..... Pfd. 0,98  
Roastbeef ..... Pfd. von 1,48

**Gefrierfleisch**  
Hammel-Vorderfleisch, Pfd. v. 0,70 Suppenfleisch... Pfd. von 0,64  
Hammelfücken..... Pfd. 0,80 Schmorfleisch o. Kn., Pfd. v. 1,04  
Hammelveule ..... Pfd. 0,88 Rinderleber ..... Pfd. 0,98

**Käse und Fette**  
Harzer ..... Pfd. 0,35 Edamer 40% ..... Pfd. 0,82  
Brikkäse vollfett..... Pfd. 0,68 Schweizer vollfett, Pfd. von 1,34  
Tilsiter vollfett..... Pfd. von 0,78 Markenbutter allent., Pfd. 1,56  
Holländer 40% ..... Pfd. 0,82 Margarine ..... 2 Pfd. 0,75

**Konserven ½ Dose**  
Junge Erbsen fein ..... 1,10 Junge Karotten ..... 0,65  
Junge Erbsen mittelfein... 0,80 Karotten geschitten..... 0,40  
Gemüseerbsen ..... 0,55 Stangenbrechbohnen 0,60  
Gem. Gemüse mittelfein.. 1,00 Junge Schnittbohnen I. 0,55  
Berliner Allerlei ..... 0,65 Sellerie ..... 0,65

**Kolonialwaren**  
Bruchreis ..... Pfd. 0,13 Bandnudeln ..... Pfd. 0,46  
Tafelreis ..... Pfd. 0,16 Sago ..... Pfd. 0,32  
Moulin-Reis ..... Pfd. 0,26 Kartoffelmehl ..... Pfd. 0,18  
Hartgriss ..... Pfd. 0,26 Krümel-  
Weizengriss ..... Pfd. 0,28 Schokoladenpulver Pfd. 0,85  
Bruchmakkaroni..... Pfd. 0,44 Kaffee frisch gebrannt, Pfd. v. 1,90  
Kakao stark entölt, Pfd. von 0,60

**Bowlen- und Tischweine** Preise ohne Flasche  
1930er Edenkobener zur Bowle..... ½ Fl. 0,68 10 Fl. 6,50  
1930er Kreuznacher zur Bowle..... ½ Fl. 0,78 10 Fl. 7,50  
1929er Siefersheimer Horn Naturwein, ¼ Fl. 1,25 10 Fl. 12,00  
1929er Niersteiner Ratscherrwein... ½ Fl. 2,25 10 Fl. 21,00

Bowlen-Bottiment m. s. Fl. Vom Fass: 1 Liter 5 Ltr.  
10 Fl. Edenkobener, 1 Fl. Frucht 9,25 Roter Torrajonas 1. Qual. 1.10 5.00  
schwarzwein, 1 Dose Ananas Insel Samos 1. Qualität 1.60 7.50

Beginn 1. August **Enorm billig! Aus unserem grossen** Beginn 1. August

# SAISON-AUSVERKAUF

ein grosser Posten Strumpfwaren

**Damen-Strümpfe**  
Wolle plattiert,  
gute Qualität,  
farbig, schwarz  
Paar jetzt **0.85**

**Damen-Strümpfe**  
reine Wolle,  
schwere Quali-  
täten und mo-  
derne Farben,  
auch schwarz  
Paar jetzt **1.20**

**Mädchen - Strümpfe**  
reine Wolle,  
mod. Farben  
Grösse 8-10  
Paar jetzt **0.95**  
Grösse 5-7  
Paar jetzt

**Herren-Strümpfe**  
¾ lang,  
kräftige Baum-  
wolle, mollert,  
ohne Socken-  
halter zu tragen  
Paar jetzt **0.68**